

Tragisches Theater im Studi-Parlament AStA-Wahl erneut gescheitert	4
Der Team-AStA ist tot! Der Team-AStA lebt!	5
Trotz erneuter Wahlpleite: Neue Referenten im Amt	6
LSI geht in die Offensive	7
Hochschulpolitik heute Vorsicht Satire!	9
Räte und Queer Politics Ein neues Modell für die Studierendenvertretung	10
„Auswirkungen bis in die heutige Zeit!“ Interview mit dem Leiter der Zentralstelle Dortmund	12
Helm ab zum Denken! Deutschland ist im Krieg, auch die Soldaten an der Uni Münster!	15
Das Ende der Propaganda? US-Regierung will "Büro für strategische Einflußnahme" schließen	16
Münster läuft „Laufen“ im Mittelpunkt der Sportwissenschaften	18
Jobbörse „JurStart“ an der Uni	19
Freiheit und Offenheit von Linuxen und GNUs	19
Gemeinsame Erklärung zur Rasterfahndung von ASten, fzs und bsö	21
Mathematische Prosa Hanne Darboven im Westfälischen Landesmuseum Münster	24
Subjekt, wie bist du denn drauf? Zur Theorie der Ideologieproduktion und Subjektkonstitution	26
„Die digitale Bibliothek der Philosophie“	27
Was auf die Ohren !	28
Neues von Gestern	31
Termine	31

Impressum

HerausgeberInnengremium:

Jens Markus Deckwart
Dagmar Diener
Moritz Kebschull
Maren Lurweg
Tobias Noll

Chefredaktion:

N.N.

Redaktion:

Jan Balthasar (jab)
Torsten Bewernitz (bew)
David Juncke (dju)
Stefan Küper (skü)
Rudi Mewes (rum)
Benjamin Yu (yub) v.i.S.d.P.

LayOut: Jan Große Nobis (jgn)

Geschäftsführung:

Christian Wohlgemuth

Redaktion und

Anzeigenverwaltung:
Schloßplatz 1, 48149 Münster
ssp@uni-muenster.de

Druck: AStA-Druck

Auflage: 4.000

Redaktionsschluss SSP 335:

27. Mai 2002

SSP virtuell:

www.semesterspiegel.de

Der Semesterspiegel ist die Zeitung der Studierenden der Universität Münster. Die Artikel geben die jeweiligen Meinungen des/der Autor/in wieder. Das gilt auch für namentlich gekennzeichnete Artikel von Mitgliedern des Redaktionsteams. Sie dienen der Förderung der Diskussion allgemeiner gesellschaftlicher Fragen (UG § 71 (2) Satz 3).

Manuskripte bitte digital (auf Diskette oder per e-mail als rtf-Datei, Bilder im Original oder als tif-Datei (300 dpi, unbearbeitet)) an die Redaktion unter Angabe von Namen, Adresse und Bankverbindung. Disketten und Fotos können nach dem Erscheinen des SSP im AStA-Büro abgeholt werden. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen. Artikel unter Synonym werden nicht veröffentlicht. In begründeten Ausnahmefällen können AutorInnen ungenannt bleiben.

Zeilenhonorar: 0,06 €

Fotohonorar: 12,50 •

Liebe Leserin, lieber Leser,

Es ist wieder einmal vollbracht, ein neuer Semesterspiegel ist erschienen. Nachdem wir in der letzten Ausgabe des Wintersemesters schon angekündigt hatten, dass sich das Erscheinen aufgrund von Druckereiproblemen wahrscheinlich verzögern würde, trat dann auch der GAU ein und das fertige Druckergebnis kam erst lange nach Beginn der Semesterferien heraus.

Für das laufende Sommersemester hatten wir uns eigentlich vorgenommen, spätestens in der zweiten Vorlesungswoche zu erscheinen, da allerdings die Probleme in der Druckerei noch immer nicht ganz behoben sind, kommt auch diese Ausgabe wieder verspätet. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf, dass zumindest die Juni-Ausgabe ohne große Verzögerungen gedruckt werden kann.

Da es wie üblich zu Beginn eines jeden Semesters wieder eine Menge neuer Leserinnen und Leser gibt, seien an dieser Stelle alle Erstis oder Hochschulwechsler herzlichst begrüßt. Speziell für euch eine kurze Einführung. Der Semesterspiegel erscheint während des Semesters monatlich und wird von einem

sechsköpfigen Redaktionsteam geleitet. Allerdings können alle Studis Artikel einreichen. Eine Veröffentlichung wird dann sogar noch mit Zeilen – und eventuellem Fotohonorar belohnt. Falls ihr Interesse habt, könnt ihr die Formalia auf der linken Seite im Impressum nachlesen.

Gezwungenermaßen beschäftigt sich diese Ausgabe schwerpunktmäßig mit der noch immer nicht vollzogenen AStA-Wahl. Außerdem haben wir eine Stellungnahme des Bündnisses gegen die Rasterfahndung, ein Interview mit dem Leiter der Zentralstelle zur Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen und viele andere interessante Artikel.

Natürlich fehlen auch unsere Standardrubriken wie News zu den Themen Hochschule und Sport, die Computer-Ecke, Rezensionen und die CD-Tipps nicht in dieser Ausgabe.

Blättert einfach den Semesterspiegel durch, wir sind uns sicher, dass ihr was interessantes findet.

In diesem Sinne

Eure Redaktion

Anzeige



Helfen Sie mit!

**Weil Gesundheit
keine Frage der
Staatsangehörigkeit
sein darf**

ÄRZTE OHNE GRENZEN leistet medizinische Nothilfe in mehr als 80 Ländern und macht Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht öffentlich.



Bitte schicken Sie mir unverbindlich

- allgemeine Informationen
über ÄRZTE OHNE GRENZEN
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- die Broschüre „Ein Vermächtnis für
das Leben“

11/10/27/02

Name

Geb.-Datum

Straße

PLZ/Ort

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin
www.aerzte-ohne-grenzen.de
Spendenkonto 97 0 97
Sparkasse Berlin • BLZ 100 500 00

Tragisches Theater im Studi-Parlament AStA-Wahl erneut gescheitert

„Team-AStA“ verfehlt absolute Mehrheit -
Kandidatur (vorläufig) zurückgezogen

Montagabend, 22. April, 18.15 Uhr: Der Frühling ist da. Die Spätnachmittagssonne trocknet die verschwitzten Körper einiger Hobbyfußballer vorm Schloss, ein paar Sonnenanbeter besetzen die Parkbänke, Vögel zwitschern - münsterische Idylle. Ein paar Schritte weiter - höchstens 50 Meter Luftlinie - ist von dieser friedlichen Atmosphäre nichts zu spüren. Im Hörsaal S8 herrscht ein angespanntes Klima: gepresst, erzwungen sachlich, bedrückt. Die Studierenden-Parlamentarier nähern sich Stück für Stück Tagesordnungspunkt 9 - und der weckt unschöne Erinnerungen.

Auf dem Plan steht Versuch vier, einen neuen AStA zu wählen – viereinhalb Monate nach der Studierenden-Parlamentswahl. Es ist höchste Zeit. Nachdem so ziemlich alle denkbaren Konstellationen gescheitert waren und viele schon mit Grauen an vorgezogene Neuwahlen dachten, hatte Guido Bröckling eine Idee: Der Ex-Kulturreferats-Kandidat und frische LSI (Liberales Studierenden-Initiative)-Ausstei-

ger wollte als Unabhängiger einen sogenannten „Team-AStA“ bilden. Soll heißen: Nicht die im Parlament vertretenen Listen, sondern – überwiegend unabhängige – Studierende sollten den AStA bilden. Eine unkonventionelle, eine gewagte Idee. Innerhalb von zwei Wochen war es ihm gelungen, eine bunte Schar von 13 Leuten für neun Referate zu finden. Sieben sind – zumindest auf dem Papier – unabhängig. Der Rest rekrutierte sich aus einem breiten Spektrum von Linksaußen (Linke Internationale Liste – LIL) über Fachschaften-Forum (FaFo) und Jusos bis zur liberalen Mitte (LSI).

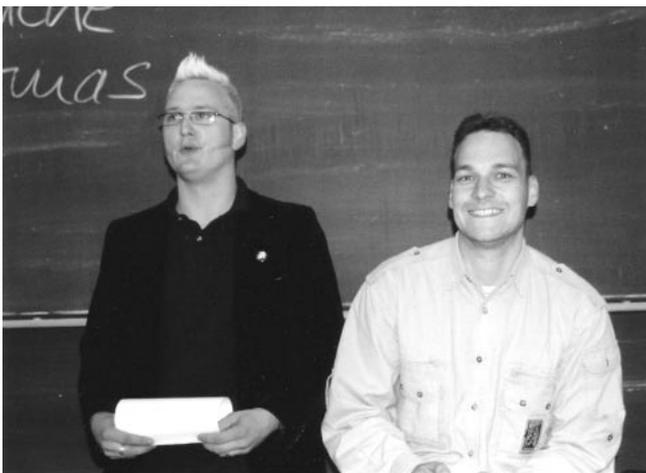
Als Gegenkandidat für den AStA-Vorsitz trat, wie in den vorangegangenen Wahlen auch, Christian Wohlgemuth (Ökologisch-Demokratische Studierende – öds) an. Wohlgemuth hatte kein AStA-Team zu bieten, begründete seine Kandidatur während der

StuPa-Sitzung jedoch damit, dass er einen Neuanfang für notwendig halte. Dieser sei mit dem angedachten Team-AStA nicht zu machen. Zudem sei der Team-AStA aufgrund der politischen Differenzen zwischen den Referenten in spe zum Scheitern verurteilt.

Auf letztgenannten Punkt konzentrierten sich auch die Fragen der Parlamentarier an Guido Bröckling. Bröckling gab zu, dass die Bündelung der verschiedenen ideologischen Ansichten eine große Herausforderung darstelle, die sich jedoch bewältigen ließe. Zudem seien die Überschneidungen zwischen den Referaten nicht groß, so dass unterschiedliche politische Überzeugungen im AStA-Alltag nicht zwingend zu Konflikten führen müssten. 20 Minuten später sollten sich alle Bedenken und Überlegungen erübrigt haben.....

Um 19.38 Uhr platzte die Bombe. StuPa-Präsidentin Maren Lurweg verlas das Ergebnis der geheimen Abstimmung: Eine ungültige Stimme, fünf Enthaltungen, sechs Stimmen für Wohlgemuth, 15 für Bröckling – die im ersten Wahlgang notwendige, absolute Mehrheit um eine winzige Stimme verfehlt! Für die meisten Kandidaten des Schatten-AStA´s ein inakzeptables Ergebnis, da offenbar einige Parlamentarier vor der Wahl signalisierte Zusagen kurzfristig zurückgezogen hatten – Bröckling erklärte sofort den Rückzug nicht nur seiner Kandidatur, sondern der des gesamten Teams. Die anwesenden Kandidaten verließen den Saal, sprachen von einer „Katastrophe für die gesamte Studierendenschaft“ und „verantwortungslosem Handeln“ einiger Mitglieder des StuPa´s. Der Zorn auch vieler Parlamentarier richtete sich wahlweise gegen Gegenkandidat Wohlgemuth oder die „Überläufer“ – der Eklat war perfekt.

Tags darauf reagierte die noch amtierende AStA-Vorsitzende Anika Susek und „installierte“ - zunächst vorläufig, - einen neuen AStA (siehe weiteren Bericht). Damit ist die peinliche Situation zumindest vorübergehend entschärft. Ob der neue AStA vom StuPa abgesegnet wird, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.



Die beiden Vorsitz-Kandidaten zur AStA-Wahl: Guido Bröckling (unabhängig) und Christian Wohlgemuth (öds)

Stefan Küper

Der Team-AStA ist tot!

Der Team-AStA lebt!

Wir finden uns wieder im Schloss der Uni Münster. Es ist Montag der 22. April 2002. Um 19.35 Uhr erleicht die SP-Präsidentin. In diesem Moment ist nahezu jedem klar: Es hat wieder nicht gereicht. Auch im vierten Wahlgang kam die erforderliche Mehrheit nicht zustande. Eine lächerliche Stimme fehlt dem unabhängig von Listen angetretenen Kandidaten. Lautstark verlassen einige SP-Mitglieder und nahezu alle potenziellen ReferentInnen den Hörsaal. Alle sind fassungslos. Die Entscheidung ist hiermit gefallen: Der Team-AStA ist nun Geschichte.

1 ½ Wochen vor dem Wahltermin waren die letzten Versuche gescheitert, eine Einigung unter den teilweise sehr unterschiedlichen Listen im SP über eine Bildung eines breiten Mitte-Links-AStA herbeizuführen. Als Konsequenz aus der Unfähigkeit wirklich aufeinander zuzugehen und untereinander Toleranz zu üben versuchte man nun auf der Basis von Einzelpersonen wieder ins Gespräch zu kommen. Die letzte verbliebene Option bestand nach weit verbreiteter Einschätzung in einem solchen unabhängigen Team-AStA. Die Resonanz auf diesen Vorschlag, der allgemein verbreitet worden war, war durchaus positiv, wenngleich eine gewisse Skepsis bestand. Würde es gelingen in kurzer Zeit ein schlagkräftiges Team auf die Beine zu stellen? Können Leute unterschiedlicher politischer Heimat konstruktiv zusammenarbeiten und vielleicht sogar auf persönlicher Ebene gut mit einander harmonisieren? Nachdem doch beachtlich viele Personen diese Fragen für sich eindeutig bejahten und eine gemeinsame Kandidatur beschlossen, bemühte man sich um eine breite Mehrheit im Studierendenparlament; diese sollte nahezu alle Listen umfassen.

Warum aber kam die breite Mehrheit, potenziell konnte mit bis zu 23 Stimmen gerechnet werden, nicht zustande? Weshalb ging man von dieser Mehrheit aus? Die grundsätzlich kooperationswilligen Listen konnten in lockerer Atmosphäre die Vorstellungen des Team-AStA kennen lernen. Wesentliche und unwesentliche Kritikpunkte konnten

genannt werden, dabei ergaben sich keine unüberbrückbaren Gegensätze. In einigen umstrittenen Punkten hatte der Team-AStA sich intern verständigt und legte nun eine überwiegend als ausgewogen betrachtete Konzeption vor. Es war zwar klar, dass ein solcher AStA gerade am Anfang kritische beäugt werden würde, eine wirkliche Alternative gab es hingegen nicht.

Die Vorgehensweise der AStA-Bildung wurde weitestgehend durch gesetzte Zeitfenster bestimmt: das Semester hatte bereits begonnen. Die potenziell in Frage kommenden ReferentInnen mussten genauso wie die verbliebenen ReferentInnen des amtierenden AStA ihre Lebens- und Semesterplanung abschließen. Die wichtigen Aufgaben eines AStA durften davon nicht beeinträchtigt werden: Schon in den letzten Wochen hatte der AStA mit den letzten verbliebenen Kräften und der letzten Luft gearbeitet.

Nach teilweise kontroverser, teilweise einmütiger Zustimmung zu dem neuen Vorschlag waren die LSI, Uni-GAL, Juso-HSG, FachschaftenForum und Linke Internationale Liste diejenigen Listen, von den weitestgehend Zustimmung gegeben worden war. Zwar konnte nicht grundsätzlich davon ausgegangen werden, jede Stimme dieses Spektrums zu erhalten, aber angesichts einer breiten Mehrheit schien der Wahlgang relativ deutlich entschieden zu sein. Auch wurde, jedenfalls nicht öffentlich, keine wesentliche Kritik an dem Vorgehen geäußert. Man mag mokieren, dass der AStA in einem Referat

für politische Bildung und demokratische Rechte weiterhin allgemeine politische Fragen bearbeitet, man mag mokieren, dass gegenüber zwei Referaten (Antifaschismus und Frieden/Internationalismus) dieses Segment geschwächt worden ist. Weniger grundsätzliche Bedenken als vielmehr ein diffuses Unbehagen mag den einen oder die andere in der Wahlkabine zur Enthaltung angetrieben haben. Linke stehen ganz gerne auf Opposition.

Widerspruch wurde hingegen von dem Kandidaten der öds Christian Wohlgemuth vorgetragen. Mit Kehrblech und Besen bewaffnet wollte er nun „Schmutz und Filz“ aus dem AStA-Haus entfernen – konkretisieren konnte er dies auf Nachfrage nicht. Der auf



Jens Markus Deckwart bei der Stimmabgabe: Noch kann er lachen... (skü)

der RCDS-Liste gewählte Magnus Becker (auch bekannt als selbsternannter Bundessprecher diverser Gruppierungen) versuchte noch einen Keil in die AStA-Bildung zu treiben: er bezeichnete den Kandidaten für ein Referat, in seiner Eigenschaft als PDS-Mitglied („verfassungsfeindlichen Vereinigung“) als untragbar für einen AStA. Sein Versuch, eine absolute Ablehnung dieses Kandidaten durch die Liberale Studierenden-Initiative den

anderen SP-Mitgliedern zu suggerieren, scheiterte an einem überzeugend vorgetragenen Dementi der LSI.

Lassen sich die Stimmenthaltungen auf die Überzeugungskraft dieser Argumente zurückführen? Zunächst einmal muss gesagt werden, dass keiner so genau weiß, was da am Montag bei der geheimen Abstimmung passierte. Die Motivation der stärksten SP-Fraktion, des RCDS, muss im Zusammenhang mit den bisherigen Wahlgängen so interpretiert werden, als dass der RCDS konsequent eine ASTA-Wahl versuchte zu sabotieren.

Man kann natürlich niemanden zwingen, einem bestimmten Vorschlag zuzustimmen. Die Unwilligkeit, einen Entscheidungsprozess zu einem Ende zu bringen, wurde durch eine ungültige Stimme auf den Höhepunkt getrieben. Wenn sich auf einen Stimmzettel in einer so wichtigen Abstimmung ein blödsinniger Spruch findet, so fällt ganz

schlechtes Licht auf die Fähigkeit zu verantwortlichem Handeln.

Die grundsätzliche Verweigerungshaltung einiger, unbegründete Unterstellungen, dumme Sprüche aber auch die eher diffusen Bedenken, die insgesamt fünf SP-Mitglieder zur Stimmenthaltung trieben, brachten die Motivation der KandidatInnen ganz tief in den Keller. Der ASTA hatte angekündigt, nur einmal anzutreten. Der Team-ASTA war um 19.35 tot.

Dennoch finden sich am Dienstag ein Großteil der KandidatInnen im ASTA wieder. Trotz der frustrierenden Erfahrungen haben sich die meisten zusammengerauft und werden nun von der ASTA-Vorsitzenden Anika Susek (die auch schon seit längerem ganz andere Pläne hatte) zu ReferentInnen ernannt. Steht auch eine Bestätigung im SP formell noch aus, kann mit der Einarbeitung

und der Erledigung der Aufgaben begonnen werden. Die Entscheidung doch weiterzumachen ist zwar nicht konsequent, aber im Gegensatz zu vielen anderen verantwortungsbewusst. Der listenunabhängige Team-ASTA lebt.

Für die Listen bedeutet das eine ganz neue Rahmensituation. Sie können sich nicht mehr auf Wahlkämpfe und dann auf Regierungs- und Oppositionsspielchen beschränken. Gerade wenn ein ASTA ohne Listenanbindung erfolgreicher ist, als dies die Listen zustande bekommen haben, müssen die Listen dringend sich inhaltlich erneuern, im SP wieder konstruktive Arbeitsweisen einführen und sich andere Betätigungsfelder erschließen. Ansonsten delegitimieren sich zumindest die hochschulpolitischen Listen als Akteure der studentischen Selbstverwaltung.

Rudi Mewes

Thorsten Markstahler

Trotz erneuter Wahlpleite: Neue Referenten im Amt

Nach der erneut gescheiterten ASTA-Wahl im Studierendenparlament hat die noch immer amtierende ASTA-Vorsitzende Anika Susek reagiert und neue Referentinnen und Referenten für die zentralen Bereiche des ASTA ernannt. Dieser Schritt war notwendig geworden, nachdem die meisten der „alten“ Referentinnen und Referenten zurückgetreten waren, um ihr Studium wieder aufzunehmen. Das neue Team, das in der nächsten Sitzung des Studierendenparlaments am 6. Mai noch bestätigt werden muss, setzt sich im wesentlichen aus den Personalvorschlägen des unabhängigen Kandidaten für den ASTA-Vorsitz, Guido Bröckling, zusammen. Dieser will im zweiten - und gegebenenfalls dritten - Wahlgang erneut kandidieren.

Mit dieser Entscheidung bleibt die Handlungsfähigkeit des ASTA als Interessenvertretung der Studierenden bis zum nächsten Wahlversuch erhalten. Neue Referenten für Hochschulpolitik sind Thorsten Markstahler (unabhän-

gig) und Jana Sierk (Juso HSG). Die Öffentlichkeitsarbeit übernimmt Sascha Vogt (Juso HSG), für den Bereich der Politischen Bildung / Demokratische Rechte ist Christian Mühlbauer (LIL) verantwortlich. Zu neuen Kulturreferenten wurden Martin Sundermann (unabhängig) und Müscha Khorchidi Gilawai (unabhängig) ernannt, die Bereiche „Soziales“ und „Wohnen“ werden künftig von René Dopheide und Andreas Kemper bearbeitet. Alle Referentinnen und Referenten müssen am 6. Mai vom Studierendenparlament noch mit einfacher Mehrheit bestätigt werden.

Guido Bröckling, der die Zeit bis zur nächsten Sitzung des Studierendenparlaments ebenfalls zur Einarbeitung nutzt, hofft am 6. Mai bereits im zweiten Wahlgang auf die absolute Mehrheit der Stimmen. Auch sein zukünftiger Finanzreferent, Timo Wienefoet (LSI), der ebenfalls vom Parlament gewählt werden muss, ist bereits im ASTA tätig.



Vorsitz-Kandidat für den neuen unabhängigen ASTA: Guido Bröckling (skü)

Das neue Team wird seine endgültigen Ziele und Stoßrichtungen in wichtigen Fragen erst nach der Wahl im Studierendenparlament der Öffentlichkeit bekannt geben. „Das bedeutet keineswegs, dass wir die Zeit ungenutzt lassen, wir wollen unsere zentralen Projekte aber erst in Angriff nehmen, wenn wir tatsächlich gewählt sind“, so Guido Bröckling. Er betonte noch einmal, dass sein Team unabhängig von den Listen agieren wolle, auch wenn einzelne Referentinnen und Referenten Mitglied einer Liste seien.

Liberales Studierenden Initiative geht in die Offensive

Bei den vergangenen Wahlen zum Studierendenparlament im November 2001 haben knapp 23 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme der LSI gegeben und so der überparteilichen Liste sieben von 31 Sitzen im Studierendenparlament verschafft. Die LSI wurde stärkste Fraktion neben dem Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), und war sowohl willens als auch personell in der Lage, den Allgemeinen Studierenden Ausschuss (AStA) zu stellen. Zum ersten Mal ging bei diesen Wahlen die Mehrheit der linken Listen verloren: Juso-Hochschulgruppe, Uni-GAL, Fachschaften-Forum und LIL verfügen seither nur noch über zusammen 15 der 31 Sitze. Um eine von den Studierenden demnach offenkundig gewünschte politische Mitte und eine pragmatische, studierendenorientierte AStA-Arbeit verwirklichen zu können, führte die LSI Koalitionsverhandlungen mit allen Listen im gemäßigten politischen Spektrum.

Der RCDS - durch seine Sitzanzahl auf den ersten Blick naheliegendster möglicher Koalitionspartner - schied schon bald aus, als klar wurde, dass der im Verbund mit dem RCDS angetretene Magnus Becker nicht aus dem Studierendenparlament zurücktreten würde. Magnus Becker fiel bereits mehrfach durch äußerst zweifelhafte Aktionen vor allem im Umfeld von Hochschulwahlen auf. So wurden tätliche Übergriffe auf Wählerinnen bekannt, und es war die Rede von gefälschten Einverständniserklärungen zur Kandidatur. Hinzu kommen von vielen Beobachtern als teilweise sehr penetrant und aufdringlich bezeichnete, aggressive Wahlkampfmethoden. Die LSI schloss deshalb eine Zusammenarbeit mit ihm kategorisch aus.

Die Wunsch-Option der LSI war eine Ampel-Koalition mit Jusos und Uni-GAL. Nach zeitraubenden, teils zähen Verhandlungen stieg die Uni-GAL Ende Januar schließlich doch aus den Verhandlungen aus.

So blieb als einzige Option ein Minderheits-AStA aus LSI und der Juso-Hochschulgruppe, der einzigen Liste, die aus unserer Sicht von Anfang an ohne ideologische Scheuklappen an ehrlichen und zielführenden Verhandlungen interessiert war. Die Arbeitsatmosphäre zwischen den beiden Listen erwies sich in der Verhandlungsphase

als äußerst konstruktiv und produktiv, und so wurde zügig ein Koalitionsvertrag ausgearbeitet. Nach Abschluss der insgesamt vier Monate dauernden,

Parlamentarier durch die erarbeiteten Konzepte und Inhalte überzeugen zu können.

Dies gelang leider nicht. Die Fronten waren schon beim ersten Wahlgang so festgefahren, dass alle Listen beinahe geschlossen gemäß Ihrer „Parteilinie“ abstimmten. Auch in den beiden drei Wochen später folgenden Wahlgängen wurde der Koalition nicht das Vertrauen ausgesprochen. Im dritten und normalerweise entscheidenden Wahlgang, bei welchem die einfache Mehrheit an Stimmen ausgereicht hätte, kam es überraschenderweise zu einem Patt zwischen der sozialliberalen Koalition und einem kurzfristig aufgestellten linken AStA um Christian Mühlbauer. Die Bestürzung und Überraschung vieler Beobachter und Beteiligter war groß, denn damit hatte niemand gerechnet. Die Wahl eines AStA-Vorsitzenden musste satzungsgemäß erneut auf die



Lang ist's her: Die Auszählung der StuPa-Wahlen Ende letzten Novembers - Während der Erstellung dieser Ausgabe hat das StuPa sich immer noch keinen AStA gewählt (skü)

sehr aufwendigen Gespräche stellte sich ein AStA-Team aus LSI und Juso-Hochschulgruppe den studentischen Vertretern im Studierendenparlament zur Wahl und hoffte, die unschlüssigen

Tagesordnung der folgenden Sitzung gesetzt werden, und die bisherige AStA-Vorsitzende Anika Susek sowie Finanzreferent Jens Friedrich mussten gezwungenermaßen wesentlich länger

im Amt bleiben als geplant. Ein Rücktritt ist beiden nicht möglich.

Die Enttäuschung über den überraschenden Wahlausgang führte jedoch bei der LSI nicht zur Resignation, vielmehr nahm sie auch in dieser Situation ihre Verantwortung den Studierenden gegenüber ernst und verhandelte nun mit allen im SP vertretenen Listen. Versuche, Listen aus verschiedenen politischen Richtungen an einen Tisch zu bringen, um so eine große Koalition etablieren zu können, scheiterten an ideologischen Scheuklappen und bundespolitischen Zwängen. Besonders RCDS und Juso-HSG waren gegenseitig nicht zu gemeinsamen Gesprächen zu bewegen. Leider wollte auch die Juso-HSG nicht mehr in der sozialliberalen Konstellation antreten, obwohl dieses Team zum damaligen Zeitpunkt die personell einzige vernünftige Alternative darstellte und auch die besten Chancen für eine Wahl in einem neuen Wahlgang gehabt hätte.

Forderungen möglicher zusätzlicher Koalitionspartner, wie die Beibehaltung des Referates für Frieden und Internationalismus sowie des Referats für Antifaschismus, konnten von der LSI unter Hinweis auf die Verantwortung gegenüber den LSI-Wählern nicht kompromisslos akzeptiert werden. Vielmehr steht die LSI schon seit längerer Zeit für die Abschaffung dieser Referate. Die LSI forderte stattdessen die Einrichtung eines Referates für Wissenschaft und Praxis sowie eines Referates, das sich mit den Problemen der Studierenden mit dem Studentenwerk beschäftigt. Diese zumindest von den Wählern der LSI gewünschten Referate wurden wiederum von anderen hochschulpolitischen Listen abgelehnt.

Inzwischen hat sich – aus der Not geboren – ein Team-ASTa aus verschiedensten, grossteils listenunabhängigen potenziellen Referenten um den inzwischen unabhängigen Ex-LSI-Kandidaten für das Kulturreferat, Guido Bröckling, formiert. Finanzreferent soll LSI-Sprecher Timo Wienefoet werden, und auch René Dopheide, der für die LSI das Studierendenwerksreferat an-

strebte, will im Bereich Wohnen und Soziales mitarbeiten. Dennoch ist dieser ASTa kein durch Listen getragener, sondern völlig unabhängiger ASTa. Gerade deshalb ist es aus Sicht der LSI besonders peinlich und unerträglich für das gesamte Studierendenparlament, dass auch diese offenkundig einzig verbliebene Lösung im ersten Wahlgang nur 15 von 31 Stimmen bekam. Offensichtlich sind sich zahlreiche Parlamentarier ihrer Verantwortung, einen arbeitsfähigen ASTa zu wählen, nicht bewusst.

Die noch immer amtierende ASTa-Vorsitzende Anika Susek hat mittlerweile kurzerhand einen Teil der Kandidaten des Team-ASTa als Referenten vorbehaltlich einer Bestätigung durch das Studierendenparlament ernannt. Nur so ist wenigstens vorübergehend eine Arbeit im ASTa-Haus möglich. Wir hoffen, dass diesmal die Vernunft im Parlament siegen wird und endlich ein ASTa die verbliebene Amtszeit zur sinnvollen Arbeit nutzen kann. Vielleicht ist eine solche Team-Konstellation eine Chance, endlich alte Scheuklappen abzulegen – die LSI jedenfalls wünscht diesem ASTa den größtmöglichen Erfolg dabei!

Dennoch ist das keine optimale Lösung. Nach über fünf Monaten des Verhandeln ist offensichtlich keine wirklich tragfähige Koalition zu bilden gewesen. Dies ist nur auf die tiefen, teilweise unüberwindlichen ideologischen Gräben zwischen einzelnen Listen zu erklären, die eigentlich einer Studierendenvertretung nicht würdig sind. Wir haben von Seiten der LSI in den teilweise zähen und quälenden Verhandlungen wirklich beinahe alles versucht, um eine vernünftige Konstellation zu finden. Vielleicht war es ein Fehler, überhaupt so lange um Kompromisse zu ringen, doch die LSI hat ihren Wählerauftrag ernst genommen. Der LSI kann wirklich niemand vorwerfen, nicht genügend Zugeständnisse gemacht zu haben, zumal die Ablehnung von Seiten anderer Listen grobteils noch nicht einmal Kernpunkte der hochschulpolitischen Arbeit betraf, sondern lediglich Randthemen wie Frieden/Internationalismus

oder Atompolitik! Nach unserer Überzeugung sind dies einfach nicht die vorrangigen Themen, für die die Studierenden ihren Semesterbeitrag bezahlen. Kurzum: Wir haben uns regelrecht aufgegeben und mussten doch feststellen, dass wir teilweise gegen Wände reden.

Aus diesem unerfreulichen Umstand heraus hat die LSI sich zum Ziel gesetzt, bei den kommenden Wahlen zum Studierendenparlament die absolute Mehrheit der Wählerstimmen zu gewinnen. Dies ist für die LSI die einzige mögliche Konsequenz, denn nur unter dieser Voraussetzung besteht die Chance, dass ein pragmatischer ASTa der Mitte gebildet wird. Ein ASTa, der in jeglicher Hinsicht etwas für die Studierenden bewirkt, ihnen Möglichkeiten für mehr Praxisbezug im Studium bietet und eine Anlaufstelle für alle Studierenden ist und nicht nur die politischen Ziele einer gewissen Minderheit beziehungsweise des Wählerklientels weniger Listen verwirklicht.

Jedes Mitglied in der LSI ist sich darüber bewusst, dass eine parteipolitisch unabhängige Liste wie die LSI für das Ziel der absoluten Mehrheit jede politisch offene Studentin und jeden politisch offenen Studenten mit Inhalten überzeugen kann. Schließlich kann keine andere hochschulpolitische Liste von sich behaupten, jenseits von politischem Parteidenken zu stehen und keine extremen Ideologien zu verfolgen. Die LSI vereint Studierende aller Fachbereiche und sämtlicher politischer Parteien, Unabhängige und viele Fachschaffler. Die LSI vereint die engagierten Studierenden, die praktisch etwas erreichen und bewegen wollen, anstatt sinnlos im Wolkenkuckuckshaus über die Weltverbesserung zu diskutieren.

Um dieses Potenzial zum Wohl der Studierenden einsetzen zu können, will die LSI bei den nächsten Wahlen zum Studierendenparlament im Herbst die absolute Mehrheit erreichen. Offensichtlich sind Veränderungen anders nicht möglich. Es wird langsam Zeit.

David Juncke und Michael Thomann, LSI



Auch Fachschaftenreferent und StuPa-Mitglied Baldo Sahlmüller hat noch Spaß an der Stimmabgabe... (skü)

Ist es das? Nun, zumindest versucht es das. Im März sogar drei Mal. Und es hat nicht funktioniert. Die letzte Wahl zum SP hat nämlich dazu geführt, daß die seit Anfang der 90er vorhandene Mehrheit der linken Listen beendet wurde. Da sich die bisherigen oppositionslisten auch nicht ganz grün sind, führte dieses Wahlergebnis zu längeren Koalitionsverhandlungen, die zunächst am 1. März ihren Abschluß finden sollten. Für diesen Tag war die Wahl eines AStA angesetzt. Es hatten sich im Vorfeld zwei Möglichkeiten angedeutet: für die Listen LSI und Juso-HSG kandidierte Michael Thomann (LSI) als AStA-Vorsitzender, für die LIL, moralisch unterstützt vom FaFo und von der Uni-GAL kandidierte Christian Mühlbauer. Während der Sitzung kandidierte dann auch noch Christian Wohlgemuth, einziger ödsler im SP. Der RCDS, größte Liste im Parlament, hatte keinen eigenen Kandidaten ins Rennen geschickt. Und was war? Keiner bekam die erforderliche Mehrheit von 16 Stimmen. Also wurde für den 19.3. ein zweiter und ein dritter Wahlgang angesetzt. Dieselben Kandidaten standen zur Auswahl, so daß auch im zweiten Wahlgang keiner die 16 erforderlichen Stimmen erhielt. Im dritten Wahlgang hätte die einfache Mehrheit gereicht. Aber da hat man die Rechnung ohne die einzige Ausnahme gemacht: zwei Kandidaten (Michael Thomann und Christian Mühlbauer) erhielten die-

Hochschulpolitik heute

Wir schreiben das Jahr 2002. An der Universität Münster gehen ca. 44000 Studierende ihrem Studium nach. Doch halt! Eine kleine Gruppe von Studierenden engagiert sich hochschulpolitisch. So gibt es zur Zeit 46 Fachschaften an der Uni, dazu kommt ein Studierendenparlament (SP), in dem derzeit sieben hochschulpolitische Gruppen vertreten sind. Dieses SP ist auch dazu da, den AStA zu wählen.

selbe Stimmenzahl, es ergab sich ein Patt. Für diese Situation sieht die Satzung vor, daß der alte AStA im Amt bleibt und daß später erneut die Möglichkeit einer AStA-Wahl mit neuen Kandidaten besteht.

Und so kommt es, daß der AStA, der im Frühjahr 2001 gewählt wurde und sich schon auf das Ende seiner Amtszeit eingerichtet hatte, auch Anfang April noch in Amt und Würden ist. Blöd für die Leute, die schon das Leben nach dem AStA geplant hatten, blöd auch für die Studierenden, die immer noch keinen neuen AStA haben.

Aber wer sind eigentlich diese Leute da im SP, die es nicht einmal schaffen, einen AStA zu wählen? (Es folgt eine nicht ganz ernst gemeinte Kurzbeschreibung, vorsicht: SATIRE!): Da ist der RCDS; diese jungen Christdemokraten studieren zum Großteil Jura und BWL, erscheinen auch mal mit Krawatte und sind natürlich meist in der Jungen Union - darum schreiben sie auch alles bei der CDU ab. Da ist die LSI; Menschen vom Schlag "jung, dynamisch, erfolgreich" (man nannte das auch mal Yuppie), die alle gleich aussehen - nur unterschiedliche Haarfarben haben sie. Da ist die Uni-GAL; das ist ein Haufen von Ökos, die sich in ihrer Freizeit von Castoren verstrahlen lassen und die am liebsten endlose Reden schwingen. Da ist die Juso-Hochschulgruppe; das sind Menschen, die den Nachwuchs für die sozialdemokratischen Parteikader bilden, zwar noch nicht auf Linie sind, sich aber in Gremien pudelwohl fühlen. Da ist das Fachschaften-Forum; das sind ein paar Altnasen aus ein paar Fachschaften, die

sich eigentlich mal zur Ruhe setzen und mit ihrem Studium fertigwerden sollten. Da ist die LIL; hier haben sich ein paar PDSler mit Leuten von ausländischen Studi-Gruppen verstärkt, um doch mal ins SP einzuziehen - wobei sie von Hochschulpolitik natürlich fast nichts wissen. Und da ist die öds; das ist die ÖDP-Studigruppe, die aus Altersgründen im Niedergang begriffen ist und sich genre in Wolfsgehegen herumtreibt. Ach ja, und dann ist da noch ein RCDS-Abweichler, der mindestens 1.000.000 Freundinnen und Freunde hat, die ihn bei seiner großartigen Politik unterstützen. Nur - wo sind diese Freunde und wo ist seine großartige Politik außer in seiner Phantasie?

Kein Wunder eigentlich, daß das mit der AStA-Wahl nicht klappt, oder?

OK, zurück zum Ernst des Lebens. Irgendwann wird es sicherlich einen neuen AStA geben. Und irgendwann wird auch wieder ein Studierendenparlament gewählt. Und hier kommt jetzt ihr Leserinnen und Leser ins Spiel. Wo ihr nun wißt, wer sich da so rumtreibt - mal ehrlich, wollt ihr euch von solchen Leuten vertreten lassen? Wenn das nicht der Fall ist, dann tut euch doch mal zusammen, informiert euch über das, was gerade so passiert, geht in eine Fachschaft und bildet vielleicht gar eine neue, unabhängige Hochschulgruppe. Ja, tatsächlich, jede und jeder von euch kann sich einmischen. Und es kann sogar Spaß machen. Wirklich!

Und vielleicht wurde bis zum Erscheinen dieses Semesterspiegels doch schon ein neuer AStA gewählt, man weiß ja nie...

Baldo Sahlmüller

Räte und Queer Politics

Ein neues Modell für die Studierendenvertretung

Im November 2001 wurde das Studierendenparlament gewählt, wieder einmal mit einer viel zu geringen Wahlbeteiligung, als dass von einer Legitimation der Gewählten ausgegangen werden könnte. Bis heute - Mitte April - ist immer noch keine Einigung in Sicht und der alte AStA, dem ich angehöre, ist immer noch im Amt. Die ganzen Machtspielchen, die in der Zeit abgelaufen sind, finde ich ja noch sehr amüsant, obwohl ich denke, dass man so etwas auf dem Spielbrett in der WG ausleben sollte und nicht in der Realität - aber die Anfeindungen und Verleumdungen zeigen, dass der Parlamentarismus eine schlecht praktizierte und männlichkeitsdominierte Variante eines Demokratiemodells aus dem 20. Jahrhundert darstellt. Oder anders ausgedrückt: **Kein Mensch braucht Listen und schon gar nicht parteiorientierte!**

Jetzt im Moment wird überlegt, ob ein AStA ohne Listen zusammenkommen kann, d.h. als ein AStA hauptsächlich ohne Listenmitglieder. Dies erscheint gerade als praktikierbarste Möglichkeit. Allerdings ist ein AStA ohne die Rückendeckung von Listen, die im Studierendenparlament die 100%ige Macht haben, kein wirklich listenfreier AStA.

Wie aber wäre ein listenfreier AStA möglich?

Am Wochenende war ich auf einem Workshop, welcher gemeinsam vom Lesben- und vom Frauenreferat organisiert worden ist. Inhaltlich ging es um Queer-Politik. Das Queer-Movement ist in den USA im Zuge der stärkeren Diskriminierung von Junkies, Prostituierten und Schwulen mit dem verstärkten Auftreten von AIDS-Fällen entstanden. Queer ist eigentlich ein Schimpfwort für Schwule (diese haben sich „queer“ positiv angeeignet). In den USA bot sich nun eine Regenbogenpolitik für die eh schon am Rand der Gesellschaft gedrängten Gruppen an, die nun mit einer Krankheit gleichgesetzt wurden. Neu an der Queer-Bewegung ist aber auch das Zusammengehen von Schwulen/Lesben mit Trans-

gender-Menschen (Transsexuelle, Intersexuelle), die sich nicht in das aufgezwungene Raster „einmal Mann/Frau immer Mann/Frau“ pressen lassen wollen. Auf theoretischer Ebene kam zudem eine Kritik an Identitätspolitik hinzu. Identitätspolitik heißt z.B.: „Ich als Angehöriger der Arbeiterklasse kämpfe für 5% mehr Lohn.“ Punkt. Ich stelle meine vermeintliche Identität in den Mittelpunkt und zementiere diese, vereindeutige sie, sehe mich nicht als prozessuales Wesen und mache mir auch nicht deutlich, dass ich über andere „Identitäten“ verfüge... Okay, soviel zu Queer-Politics. Wir haben in diesem Workshop über die Referate im AStA gesprochen und darüber, dass die autonomen Referate, die eine (unterdrückte) „Identität“ verkörpern, also das Behinderten-, das Lesben-, Schwulen-, Frauenreferat und die Ausländische Studierendenvertretung, stärker zusammenarbeiten sollten.

Nun zum Rätemodell. 1918 wurde der Krieg in Europa auch durch die Rätebewegung in Deutschland beendet. Arbeiter- und Soldatenräte desertierten und besetzten Rathäuser und Parlamente („November-Revolution“). Die Kämpfe dauerten regional unterschiedlich noch bis in die zwanziger Jahre

(bürgerliche Studenten der WWU marschierten gegen die ArbeiterInnen der „Roten-Ruhr-Armee“), dann setzten sich die militärisch überlegenen Parlamentarier durch – für ein Jahrzehnt. Nach der Zerschlagung des nationalsozialistischen Modells wurde die Räte-Idee nicht mehr aufgenommen. Die November-Revolution wird seither gerne totgeschwiegen. Der 9. November wird ebenfalls mit allem möglichen verbunden, nur nicht mit der Räterevolution. Übrig blieben die völlig entmachteten „Betriebsräte“. Auch in der „Sowjetunion“ (d.h. „Union der Räte“) wurden die Räte sehr schnell durch die zentrale Gewerkschaft und die Partei ersetzt und damit war das sozialistische Modell bereits ein Jahr nach der Revolution gescheitert.

An der Uni gibt es noch Räte. Auch nicht gerade sehr machtvoll, kümmern sich die Fachschaften um die Interessen der Studierenden. Hier gibt es übrigens eine Begriffsverwirrung. Die Fachschaft ist genaugenommen die Studierendenschaft eines Fachbereiches. Das, was wir geläufig als Fachschaft bezeichnen, ist der Fachschaftratsrat – er entspricht dem, was im Rätemodell ein Rat auf unterster Stufe ist. Das, was wir gemeinhin als Fachschafskonferenz bezeichnen, ist die egalitäre Versammlung der Fachschafträte – im Rätemodell wäre dies ein Rat von Räten. Entsprechend dem parlamentarischen Modell haben die Fachschafträte und ihre gemeinsame Versammlung weniger Macht als die (Partei-)Listen.

Okay, soviel zum Rätemodell. Beiden Modellen gemeinsam ist der Ausgangspunkt, dass Wissen situiert ist und dass die Betroffenen „unten“ am Besten wissen, was zu tun ist.

Wie könnte eine transparlamentarische Studierendenvertretung aussehen?

Zum einen: es gibt das „Deutsche Studentenwerk“. Dieses sollte sich mal einen anderen Namen auswählen. Es ist für die Studierenden da und macht Servicearbeit. Eine Studierendenvertretung ist nicht für den Service der Studierenden da, sondern für die Inter-

essen der Studierenden. Eine Studierendenvertretung muss sich also dafür einsetzen, dass es einen Service für Studierende gibt, aber dies heißt nicht, dass sie ihn selbst machen muss.

Die Interessen der Studierenden sind kein einheitlicher Block. Deshalb muss die Interessenvertretung auch heterogen organisiert sein. Zum einen muss mensch den unterschiedlichen Fachbereichen gerecht werden – dies geschieht sehr gut durch die Fachschaftsvertretungen. Dann ist aber auch die Studierendenschaft in sich heterogen insoweit es geschlechtliche, klassenspezifische Unterschiede gibt, Unterschiede in der sexuellen Orientierung,

in der nationalen Herkunft und der „politischen Hautfarbe“, in der Abweichung von der physischen und psychischen Norm, etc... Die Intersektionalitätsforschung spricht hier inzwischen von 11 Differenzpaaren, anhand derer Menschen diskriminiert werden. Was wir also bräuchten wäre zum einen eine Interessensvertretung der Studierenden in den unterschiedlichen Fachbereichen (Rätmodell) und zum anderen die Interessenvertretung von Studierenden (und derer, die von der Möglichkeit zu studieren strukturell ausgegrenzt werden), die sich auf der diskriminierten Seite von Unterdrückungsverhältnissen befinden (Queer-Politics). Eine entsprechende

Studierendenvertretung hätte also alle Macht an die Fachschaftsvertretungen und ihre Versammlung und – gleichstark – an die bereits vorhandenen und noch einzurichtenden autonomen AStA-Referate (die den Differenzpaaren entsprechen) abzugeben. Diese beiden Interessenvertretungen könnten dann gemeinsam entscheiden, was es an weiteren Referaten, etc. zu geben hätte (z.B. Ökoreferat, Kulturreferat...).

Wie dies Modell genau aussehen könnte, müsste noch erarbeitet werden, aber ich glaube, die Grundzüge sind klar geworden.

*Andreas Kemper
Referent für Sozialpolitik*

Was ist eigentlich... ... der Senat?

Der Senat zählt zu den zentralen Organen der Universität. Er ist nach § 22 Hochschulgesetz NRW für die folgenden Angelegenheiten zuständig:

- die Wahl des Rektors und der Prorektoren,
- Stellungnahme zum jährlichen Rechenschaftsbericht des Rektorats,
- Erlass und Änderung von Rahmenordnungen und Ordnungen der Hochschule, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt,
- Vorschlag zur Ernennung des Kanzlers sowie
- Empfehlungen und Stellungnahmen in Angelegenheiten der Forschung, Kunst, Lehre und des Studiums, die die Universität in ihrer Gesamtheit betreffen oder von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Zu letzterem gehören unter anderem Grundsatzfragen der Neuordnung des Hochschulwesens und der Studienreform, die Festsetzung von lokalen Zulassungsbeschränkungen für bestimmte Studienfächer, die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Fachbereichen, Instituten, Seminaren etc. und die Entscheidung von Grundsatzfragen des Forschungs-, Lehr- und Studienbetriebs. Zur Vorbereitung von Beschlüssen des Senats und zur Beratung des Rektorats hat der Senat „Ständige Kommissionen“ - für Forschung und wissenschaftlichen

Nachwuchs, Lehre und studentische Angelegenheiten, Struktur, Planung und Bauangelegenheiten, Finanz- und Personalangelegenheiten - gebildet. Daneben bestehen eine Reihe weiterer Kommissionen und Ausschüsse. Dazu gehören u.a. , die Lehrerausbildungskommission, die IV-Kommission oder etwa der Wahlprüfungsausschuss.

Die Senatsmitglieder werden von den Universitätsangehörigen nach Gruppen getrennt gewählt. Ihm gehören der Rektor, zwölf Professorinnen und Professoren, vier wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vier Studierende und zwei nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt ein Jahr, die Amtszeit der übrigen Mitglieder zwei Jahre. Die studentischen Mitglieder und somit eure Ansprechpartner sind Sabine Krampen, Christine Wübbene, Julia Holz, Jan Westermann.

Infolge des neuen Hochschulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen wird zur Zeit eine neue Universitätsverfassung erarbeitet. Daher werden sich voraussichtlich die Zusammensetzung, in jedem Fall aber die Aufgaben des Senats in Zukunft ändern.

Jan Balthasar

Eichmann-Prozess: „Auswirkungen bis in die heutige Zeit!“

Interview mit dem Leiter der Zentralstelle
Dortmund - Herrn Maass

Zur Verfolgung nationalsozialistischer Massen- und Gewaltverbrechen wurde 1961 in Dortmund eine Zentralstelle bei dem Leitenden Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Dortmund eingerichtet. Die meisten nationalsozialistischen Verbrechen wurden allerdings nicht mehr verfolgt, weil sie verjährt sind.

Dies hat folgenden Hintergrund: Bereits mit einem seiner ersten Gesetze beschloss der Bundestag 1949 eine Amnestie. Danach waren nunmehr alle Straftaten aus der Nazizeit, die mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr geahndet worden wären, verjährt. Die Besatzungsmächte hatten zum Ende des Krieges dafür gesorgt, dass die Verjährungszeit für Nazidelikte, die nicht unter diese Amnestie fielen, nicht ablief, sie hemmten die Verjährung, so dass eine Verfolgung weiter möglich war. Zum 31.12.1956 verfügte der Bundestag jedoch das Ablauf aller von den Besatzungsmächten gehemmten Verjährungsfristen, so dass dann nur noch Mord und Totschlag verfolgt werden konnten, alles andere war verjährt. 1960 ließ das Bonner Parlament dann - ohne dass dies Gegenstand großer politischer Diskussion war - sämtliche Tötungsdelikte aus der Nazizeit verjähren. Eine Ausnahme wurde nur für Mord gemacht, er verjährt nicht. Die öffentliche Meinung direkt nach dem Krieg sprach nicht dafür, nationalsozialistische Verbrechen aufzuklären und zu bestrafen. Man deckte lieber den Mantel des Vergessens darüber - und man vergaß. Insofern verwundert es auch nicht, dass die deutsche Justiz zurückhaltend war. Von 1949 bis 1951 sank die Zahl der Verurteilungen von 1523 auf 908. Auch in der Folgezeit sank die Zahl der Verurteilten kontinuierlich. Als 1961 die Zentralstelle Dortmund gegründet wurde, waren gut 16 Jahre seit

Kriegsende vergangen, und die meisten Straftaten waren verjährt. Erst 1964 begannen spektakuläre Verjährungsdebatten im Bundestag. Als Ergebnis wurde die Verjährungszeit für Mord von 20 auf 30 Jahre angehoben. Nur Völkermord verjährt nicht. Später - 1979 - wurde schließlich beschlossen, dass auch Mord nicht verjährt. Reichlich spät.

Die Große Anfrage 38 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN aus dem Jahre 1995 veranlasste den nordrhein-westfälischen Landtag umfangreich Stellung zu beziehen zur Frage nach der Aufklärung von NS-Verbrechen durch die nordrhein-westfälische Justiz. Die Universität Münster erstellte hierzu ein Gutachten. Die Bilanz der Verurteilungen nationalsozialistischer Mörder zeigte, dass die Ergebnisse oft frustrierend waren.

Die Voraussetzungen zu systematischer Ermittlungsarbeit in Sachen NS-Verbrechen ermöglichte Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland. Es schuf Zentralstellen mit speziell geschulten und ausgesuchten Mitarbeitern. Das war 1961. Mit dem Leiter der Zentralstelle, Ulrich Maass, sprach Eva-Maria Sprengard.

? Anfang der 60iger Jahre wurde in Israel der sogenannte Eichmann-Prozess durchgeführt und mit ihm ein Exempel statuiert. Der äußerst umfangreiche Prozess führte auch den Deutschen deutlich vor Augen, dass auch so ge-

nannte „Schreibtischtäter“ sich der Greuelthaten des Nationalsozialismus schuldig machten. Eichmann war als SS-Obersturmbannführer verantwortlich für die Judendeportation und beteiligt bei der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“. Der israelische Prozess war mehr als eine Aburteilung von Eichmann, er rollte die deutsche nationalsozialistische Vergangenheit auf und führte sie schonungslos vor. Welche Auswirkungen hatte dieser Prozess auf Ihre Arbeit?

! Ja dieser Eichmann-Prozess in Israel ist natürlich hier mit Aufmerksamkeit verfolgt worden. Ich denke auch, dass er einen großen Eindruck auf die Öffentlichkeit - zumindest auf die interessierte Öffentlichkeit gemacht hat. Natürlich auch auf alle, die sich strafrechtlich mit der Bewältigung der deutschen Vergangenheit beschäftigen. Wenn ich interessierte Öffentlichkeit sage, dann vielleicht eine kleine Erklärung dazu: Sie wissen ja selbst, dass die breite Masse in Deutschland sich von dem Gedanken leiten lässt - der auch immer wieder Ausdruck findet, ich habe es selbst zig mal gehört - dass endlich Schluss sein müsste mit der Vergangenheit - ja - mit der Selbstbeschmutzung wie auch immer. Das Problembewusstsein im Hinblick auf Nationalsozialismus ist gerade durch den Eichmann-Prozess enorm in der Bevölkerung gefördert worden. Und ich bin mir auch ganz sicher: Das hat Auswirkungen für die heutige Zeit noch gehabt. Die historischen Kenntnisse sind auf eine breitere Basis gestellt worden. Viel Leute sind auch animiert worden in die historische Forschung der nationalsozialistischen Vergangenheit einzutauchen.

? Seit dem Datum der nationalsozialistischen Taten sind nunmehr über 50 Jahre vergangen. Die Ermittlungsarbeit wird dadurch sicherlich enorm erschwert. Wie gelingt es dennoch, den Tathergang zu rekonstruieren?

! Grundsätzlich haben Sie recht. Es wird also von Jahr zu Jahr schwieriger. Wir haben natürlich die üblichen fünf Beweismittel auch für uns zur Verfügung,

die die Strafprozessordnung auch für Prozesse allgemeiner Art vorsieht: als da sind (1) Geständnis oder Einlassung des Beschuldigten, Angeschuldigten oder Angeklagten, (2) Zeugen, (3) Sachverständige, (4) Urkunden oder (5) der Augenscheinsbeweis. Da in der Regel nicht unbedingt mit einem geständigen Beschuldigten oder späteren Angeklagten zu rechnen ist, sind wir natürlich in erster Linie auf den Zeugenbeweis angewiesen, der aber nicht immer unbedingt der zuverlässigste ist. Sie werden das in der Praxis sehen, bei Fällen die täglich passieren. Nehmen Sie beispielsweise Sachen im Straßenverkehr - kleinere Verkehrsunfälle - da wissen die Zeugen häufig nach kurzer Zeit schon gar nicht mehr, wie sich das Ganze überhaupt abgespielt hat. Allerdings muss man sagen, dass bei Straftaten dieser gravierenden Art sich doch die Einzelheiten einprägen. Wenn man so selbst in seinem Gedächtnis forscht, da hat man doch einige Sachen, die schon sehr, sehr lange, vielleicht sogar Jahrzehnte zurückliegen noch sehr gut parat, weil sie eben so einprägsam waren. Und die Erlebnisse, die die Zeugen damals gehabt haben, die wird man sicherlich in diesem Zusammenhang bringen können, so dass ich den Zeugenbeweis gar nicht mal

als so unbedingt schlecht oder negativ einstufen will. Wir sind auf jeden Fall sehr auf sie angewiesen. Glückliche Zufälle fügen es natürlich, dass wir irgendwelche Urkunden noch finden, Dokumente. Da kann ich ein Beispiel zu benennen zu einem Verfahren, das ich hier aktuell noch bearbeite. Irgendwann in den 90iger Jahren ist ein Dokument im Zentralen Archiv in Minsk, in Weißrussland gefunden worden. Ein stellvertretender Gebietskommissar (das war damals ein Mann der Zivilverwaltung in einer kleinen Stadt in Weißrussland) berichtete hierin seinem Vorgesetzten von einem Teilkommando, das unter Führung eines bestimmten Mannes stand. Diesen Mann verfolgten wir auch hier. Anfang

des Jahres 1999, wenige Monate bevor wir hier in Dortmund das Verfahren einleiten konnten, war er aber verstorben. Dieses Teilkommando der Einsatzgruppe B hatte an acht verschiedenen kleineren Orten seines Landkreises in Weißrussland Judentötungen geleitet. Diese Tötungen von Juden dort waren insgesamt bekannt und sie waren auch

prüfen nach, welche weiteren Angehörigen dieses Teilkommandos noch zu ermitteln sind. Ich hab meine Ermittlungen auf insgesamt 196 Leute des Einsatzkommandos, dem dieses Teilkommando wiederum angehörte, erstreckt und bisher acht Leute als lebend gefunden, von denen der älteste jetzt 97 Jahre alt ist und die anderen so etwa



Das Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg: Müde Kriegsverbrecher

Gegenstand von - soweit ich weiß - mindestens drei Verfahren der Staatsanwaltschaften in Hamburg, Hannover und auch Dortmund. Man hat aber immer in allen drei Verfahren gerätselt: „Wer leitete dieses führende „Teilkommando Lepel“? - wie es genannt wurde. Man hat immer gemutmaßt es seien z.B. SS-Männer oder die Gestapo gewesen. Durch Auffinden dieser Urkunde, die uns im Januar 2000 zur Kenntnis kam, konnten wir feststellen, wer die Führung dieser Tötung von acht Juden übernommen hatte. Hätte man diese Urkunden etwas eher gehabt, hätte es eine entsprechende Anklage nach sich gezogen. So erforschen wir jetzt noch das weitere Randgeschehen. Das heißt also: Wir

Mitte 80, 85, 86 bis 93. Ja, das sind so die Beweislagen, Beweissituationen am Einzelfall mal dargestellt.

? Einer der Gründe, warum schuldhaftes Handeln mitunter nicht nachweisbar war, ist der sogenannte „Befehlsnotstand“. Was genau ist unter „Befehlsnotstand“ zu verstehen?

! Sie beziehen sich wahrscheinlich hier auf den „entschuldigenden Notstand“, der von Leuten ins Feld geführt wird, die auf Befehl mitgeschossen und sich diesem Befehl nicht widersetzt haben. Mit der Maßgabe, dass sie sagten: „Wenn ich nicht geschossen hätte, wenn ich mich nicht befehlsgemäß verhalten hätte, dann hätte ich mich gleich dane-

ben stellen können. Wenn ich den Befehl nicht ausgeführt hätte, wenn ich die armen Leute an der Grube, die Juden oder wen auch immer nicht erschossen hätte, dann wäre ich selber dran gewesen.“

Der sogenannte „Entschuldigende Notstand“, er wir immer wieder ins Felde geführt, wie die Hintergründe dazu sind, ob tatsächlich etwas passiert wäre, wenn die Leute sich geweigert hätten, das ist zunächst nach dem Kriege, aber auch lange, lange Jahrzehnte nach dem Kriege eigentlich als selbstverständlich angenommen worden. Neuere Forschungen gehen allerdings dahin zu sagen, dass wahrscheinlich nichts Gravierenden für diese Leute, die den Befehl verweigert hätten, passiert wäre.

? Von rund 340 in den 60iger Jahren bei der Zentralstelle anhängig gewesenen Ermittlungsverfahren gelangten nur 43 zur Anklage. Oft kam es zu Freisprüchen oder zu einem Strafmass, dass unter den Erwartungen blieb. Glauben Sie, Ihre Arbeit hat sich bisher gelohnt?

! Auf jeden Fall hat sich die Arbeit gelohnt und die lohnt sich auch heute noch. Ich denke, dass sich auch in Zukunft, aktuell und auch in Zukunft keiner der NS- Verbrecher in Sicherheit wiegen darf. Er muss also wissen: „Da sind immer noch Leute da, die spüren die Straftaten auf und irgendwann bist Du auch mal dran.“ Der kann sich an sich nie in Sicherheit wiegen.

Aber zu diesen nackten Zahlen will ich mal folgendes sagen: Als wir hier die Arbeit aufnahmen waren 16 Jahre vergangen und viele Prozesse bereits geführt worden. Ich erinnere hier an das Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg, an die vielen Alliierten-Folgeprozesse, die die Siegermächte auch hier in Deutschland, aber auch im Ausland durchgeführt hatten. Und noch mehr Prozesse in den Staaten des Ostens wo nun auch viele Deutsche in Gefangenschaft geraten waren, denen man da die Prozesse gemacht hatte, man spricht da von 50 bis 60.000. Wenn wir hier unsere Zahlen mal betrachten seit 1961 lässt sich natürlich abnehmende Tendenz feststellen. Das liegt ganz einfach auch

daran, dass viele verstorben waren, weiter verstarben, nur einige eben bis heute leben. Viele waren auch vernehmungsunfähig, aus gesundheitlichen Gründen verhandlungsunfähig. Und wenn sie hier 53 Anklagen ansprechen, so ist diese Zahl sicherlich richtig, aber hinter diesen Anklagen verbergen sich oft Anschuldigungen gegen eine Mehrzahl von Personen. Es sind mal 12 mal 15 Leute angeklagt worden. Und wenn Sie von Freisprüchen sprechen, da mag das im Einzelfall auch zutreffen. Das ist sicherlich auch der Fall gewesen. Es mag aber auch, wenn 15 Leute angeklagt worden sind, so sein, dass zwei, drei freigesprochen worden sind, viele auch zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Und ich denke, dass das alleine schon unsere Arbeit gerechtfertigt hat. Das macht unsere Arbeit hier nach wie vor sinnvoll und wertvoll, abgesehen davon, dass wir auch den gesetzlichen Auftrag haben.

? Auch die deutsche Justiz war teilweise tief in die nationalsozialistischen Verbrechen verstrickt. Persilscheine wurden direkt nach dem Krieg recht freizügig verteilt. Inwiefern beschäftigen Sie sich auch mit Delikten, die die deutsche Richterschaft begangen hat, indem sie Rechtsbeugung beging - oder sind Richter nur die Ausführenden gewesen, die das Recht nur im Sinne des Zeitgeistes auslegten?

! Soweit da Rechtsbeugung begangen worden ist, ist das sicherlich aufgrund von Verjährung unserem heutigen Zugriff entzogen. Wir können insoweit nur noch prüfen, ob sich Richter durch die Verhängung von Todesurteilen und durch Vollstreckung der Todesurteile durch die entsprechenden Ausführenden, des Mordes oder der Beihilfe zum Mord strafbar gemacht haben. Das wurde geprüft. Aber einfaches Beispiel: Sie haben meinerwegen ein Kriegsgericht mit drei Leuten und sie haben die drei, die leben auch noch. Jeder der drei sagt Ihnen: „Ja, der ist von diesem Gericht zum Tode verurteilt worden. Aber in der Beratung, da hab ich nicht für das Todesurteil gestimmt. Ich war dagegen.“ Das sagt aber nun jeder. Wer

war's denn nun? Beratungsgeheimnis: Da kommen Sie dann auch nicht viel weiter. Deswegen würde ich denken: Nicht die Krähen-theorie greift hier, dass eine Krähe der anderen kein Auge aushackt. Es greift auch nicht die umgekehrte Krähen-theorie, dass wir nun besonders streng gegen die damaligen Beteiligten von Kriegsgerichten und besonderen Gerichten, Standgerichten und so weiter, vorgehen würden. Sondern hier greifen insbesondere die enormen Schwierigkeiten, hier ein Täterbeziehung aufzubauen, zu belegen, zu beweisen.

? Wie viele Ermittlungsverfahren sind noch in Arbeit?

! Zur Zeit haben wir noch 16 in Arbeit - 16 aktuelle Ermittlungsverfahren. Hierbei kann bei einigen noch nicht abgesehen werden, wie sie mal enden werden: ob nun diese Fälle zu einer Einstellung gelangen oder ob eine Anklage zu erheben ist. Ich bin mir in einem Fall, den ich hier bearbeite - Kriegsverbrechen in Italien - ziemlich sicher, dass ich da zu einer Anklage kommen würde, wenn ich denn die beiden Täter hätte. Speziell geht es um das damalige Polizeidurchgangslager Bozen. Einer von zwei Tätern ist zur Zeit in Kanada aufhältig. Er ist bereits in Italien in Abwesenheit im November 2000 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das Auslieferungsverfahren von Kanada nach Italien läuft. Wie das ausgehen wird, wissen wir nicht. Sollte dieser Mann unser Hoheitsgebiet also den Geltungsbereich der Strafprozessordnung jemals wieder betreten, würde er sicherlich in unserem Verfahren verhaftet werden. Dieser in Kanada lebender Mann hat gehandelt mit einem weiteren etwa gleichaltrigen Täter, von dem wir leider nur den Hausnamen wissen und das Alter. Beim Vornamen sind schon Differenzen da. Da divergieren die Angaben von Zeugen. Bei seiner Herkunft wird es erst recht schwierig. Wir suchen mit allen uns zur Verfügung stehenden Ermittlungsmöglichkeiten nach diesem Mann. Und da bin ich ganz sicher: sollten wir ihn kriegen, wird es zur Anklage kommen.

Helm ab zum Denken!

Deutschland ist im Krieg, auch die Soldaten an der Uni Münster!

Es ist Krieg. Und ich bin Pazifist. Wir PazifistInnen haben es heutzutage nicht leicht. Wie? Der Begriff ist nicht geläufig? Ach so! Also: PazifistInnen tragen eine Wurzel in sich: Pax entstammt dem Lateinischen und bedeutet Frieden. PazifistInnen setzen sich für Frieden ein, d.h. sie lehnen jegliche Form von Krieg ab. Denn sie wissen, daß es keinen "gerechten Krieg" gibt! Kriege schaffen immer nur Probleme und sind noch nie Lösungen für die dringenden Probleme von Menschen gewesen. Auch wenn durch sie einige "Probleme" der Herrschenden, die sie führen, "gelöst" werden können.

Ein Krieg hat nie sinnvoll *Verhandlungen* ersetzen können, soll heißen: Das, was in einem Konflikt durch Verhandlungen hätte erreicht werden können, ist nie auch nur annähernd durch einen Krieg erreicht worden. Im Fall des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien 1999 und selbst beim aktuellen Kriegsgeschehen in Afghanistan – und demnächst auch im Fall des Irak, wetten? -, sind Verhandlungsspielräume nie wirklich ausgeschöpft worden. Es sei nur an die Rambouillet-Verhandlungen erinnert, als die serbische Delegation gezwungen werden sollte, der Besatzung ihres Landes durch NATO-Einheiten zuzustimmen (wie der "Annex B" des "Friedensplanes" verrät, der quasi erst während der Unterzeichnungsphase der serbischen Seite bekanntgemacht wurde). Ähnliches gilt für die von der US-Regierung angeblich gewünschte Auslieferung Ibn Ladins durch die Taliban, denen durch die Briten mitgeteilt wurde, daß, selbst wenn sie ihre Ankündigung wahr machten und den Gesuchten ausliefern, ein Krieg nicht mehr zu vermeiden sei.

Die Konflikte wurden durch die "westlichen" kriegführenden Nationen bewußt eskaliert. Dabei ist es nie zu spät zum Verhandeln, wenn man wirklich daran interessiert ist, die Probleme der *Menschen* zu lösen. PazifistInnen arbeiten auf den Tag hin, an dem dies alle Menschen endlich kapieren. Denn

Menschen sind grundsätzlich mit der Begabung ausgestattet, lernen zu können. Und da Tote nun einmal nicht mehr lernen können, setzen die PazifistInnen darauf, die Menschen lebendig zu erhalten.

Natürlich muß für diesen Tag gekämpft werden, an dem kein Mensch mehr in den Krieg ziehen mag. Gegen jegliche Form von Krieg muß gekämpft werden, bis dieser Tag anbricht. Wenn man wollte, könnte

man mit Recht das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem als Krieg bezeichnen; ein weltweites System, in dem bestimmte Menschen dazu verdammt sind, zu verhungern (35.000 Menschen verhungern täglich in unserer "globalisierten" Welt!) oder ständig am Rande ihrer Existenz dahinzuvegetieren - verarmt, weil der Reichtum der Menschen ungleich verteilt ist. Etwa 20 Prozent der Menschheit verfügen über 80 Prozent des gesellschaftlichen Reichtums, und die ärmsten 20

Prozent der Menschheit sind vom Geld- und Ernährungskreislauf fast völlig ausgeschlossen. Die Hungernden und Armen leben fast ausschließlich auf der südlichen Halbkugel, die Superreichen auf der "sicheren Seite". Dieser "Krieg" findet also gewissermaßen zwischen oben und unten statt, und alle PazifistInnen müßten eigentlich genau so gegen ihn sein.

Und auch gegen die Begleitumstände des Krieges der ersten Kategorie, also z.B. auch gegen diejenigen, die für den Krieg sind, für das Töten *bestimmter Menschen*. Gegen diejenigen, die die Existenz einer Armee für "normal" bzw. "angemessen" halten, die einen Sinn darin sehen, Menschen zum Töten auszubilden.

In der "Diskussion" über das Für und Wider der Wehrpflicht aus dem letzten Semesterspiegel vom Februar 2002 hat sich gezeigt, daß es in der Redaktion



Im letzten Jahr verhüllte die DFG-VK ein Kriegerdenkmal am Antikriegstag (1. September) um auf kriegerische Traditionen auch in Münster aufmerksam zu machen (jgn)

momentan scheinbar nur das Bedürfnis gibt, über das "Wie?" der Armee zu reden, nicht aber über das "Warum?". Aber schließlich haben sich da auch zwei Soldaten zu Wort gemeldet. Von denen ist nichts anderes zu erwarten im Krieg.

Während der Unteroffizier der Reserve, Christian Wohlgemut, keinen Hehl daraus macht, für seine "Heimat" sogar mit der Waffe kämpfen zu wollen (Wieso nicht gleich für's "Vaterland"?), zieht Stefan Küper immerhin den Sinn

von Zwangsdiensten in Zweifel. Doch hindert ihn sein "Denkrahmenn" (Wohl-gemut) daran, weitere Konsequenzen zu ziehen und die Abschaffung der Bundeswehr zu fordern. Wenn man weiß, woraus die Bundeswehr entstanden ist und wofür sie gegründet wurde, *so muß* man ihre sofortige Abschaffung wollen! Der alte Feind ist doch abhanden gekommen. Jedoch forcierten die Nationalisten (erst Kohl, Rüge usw., dann Schröder & Co) nach der "Wiedervereinigung" neue deutsche Großmachtpläne, anstatt daß sich die Erkenntnis durchgesetzt hätte, daß zwei Weltkriege von deutschem Boden aus mehr sind, als die Welt zu ertragen vermag. Der "neuen" Bundesrepublik hätte Neutralität und Entmilitarisierung gut zu Gesicht gestanden. Eine Friedensrolle mitten in Europa wäre angemessen gewesen für einen Staat mit einer derart großen historischen Hypothek. Aber o.g. Kommilitonen finden nichts daran, daß die Berliner Kriegsherren ihr bewaffnetes Personal in zehn Staaten "operieren" läßt. Im Gegenteil: Beide Argumentationsstränge (für und wider die Wehrpflicht – angesichts der dramatischen Weltlage eine Scheindiskussion!) fordern eine "leistungsfähige Bundeswehr" (Küper). Weshalb dies angeblich so nötig ist, bleibt im

Dunkel ihrer Hintergedanken. Oder fehlen die ganz?

Heute ist es wichtiger denn je, eine pazifistische Position einzunehmen. Der "Fall Kosovo" hat gezeigt, daß man selbst in unserer "großartigen" Demokratie vor kriegstreibender Propaganda nicht sicher ist. Dabei wird das Jahrhundert alte Schema bemüht: erzähle von angeblichen Greuelthaten deiner Feinde, liefere dann fingierte Beweise, und alles (die Medien zumindest) schreit nach Krieg!

Seit dem ersten Weltkrieg wuchs der Anteil ziviler Opfer in Kriegen gewaltig an. In unseren aufgeklärten Zeiten sind dies zwar bedauernswerte, aber angeblich nicht zu umgehende "Kollateralschäden". Gut, daß unsere Kriege heute gute Kriege sind, "humanitäre Interventionen" oder "Luftschläge", "Kampagnen" oder "Operationen" etc.: es sind angeblich "präzise, chirurgische Schläge". Aber auch dies ist reine Propaganda. Im Zuge des ach so intelligenten Golfkrieges von 1990/91, der Blaupause für die späteren "humanitären Interventionen", starben auf irakischer Seite Hunderttausende ziviler Opfer. Diese ZivilistInnen, v.a. Kinder, die an den Folgen des Krieges elend zugrunde gingen (aufgrund der fehlenden Versorgung mit Medika-

menten und Nahrungsmitteln, die durch das bis heute andauernde UN-Embargo verunmöglicht wurde!), hätten genauso wenig sterben müssen, wie die Tausende in Serbien und die über Zehntausend in Afghanistan.

Fazit: Kriege sind nicht harmloser oder gar menschlicher dadurch geworden, daß sie mittlerweile anders genannt werden. Kriege sind immer noch verabscheuungswürdig und meiner Meinung nach völlig überflüssig. Ebenso die Politiker, die über sie entscheiden und für sie Propaganda machen. Deshalb ist es wichtig, zu diskutieren, zu reden, zu überzeugen, daß niemand mehr eine Waffe in die Hand nimmt. Allerdings habe ich keine Lust, mit zwei Soldaten über die Wehrpflicht zu streiten, während ihre "Kameraden" weit entfernt Befehle gehorchen und Menschen morden, indem sie Innenstädte und Infrastruktur in Schutt und Asche legen.

Edo Schmidt

ehem. Referent für Frieden und Internationalismus im AstA der Uni Münster, seit 1991 Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK)

Das Ende der Propaganda?

US-Regierung will "Büro für strategische Einflußnahme" schließen

Nachdem die Existenz des "Office of Strategic Influence" (OSI) publik geworden ist, will das Pentagon künftig offenbar auf diesen Baustein seines Propagandaapparates verzichten. Sowohl Präsident Bush als auch Verteidigungsminister Rumsfeld gaben vor, von der Existenz des OSI nichts gewußt zu haben. Beide seien "überrascht" gewesen, "dass den Amerikanern nicht die Wahrheit gesagt wird", so Bush in der *Frankfurter Rundschau* vom 27. Febru-

ar 2002.

Das "Büro für strategische Einflußnahme" wurde nach dem 11. September 2001 eingerichtet, um im arabischen Lager Falschinformationen abzusetzen. Mit Hilfe ältester Propagandatricks wurden die Regierungen von Nicht-NATO-Staaten dazu gebracht, der "Koalition gegen den Terrorismus" beizutreten und die US-Regierung in ihrem angeblichen "Anti-Terror-Krieg" zu unterstützen. Nach der "ersten Phase"

des Angriffskrieges gegen Afghanistan sollten zunehmend die ausländischen Medien das Ziel von Desinformationskampagnen werden; übrigens mit der Begründung, weil es in den USA gesetzlich verboten sei, die inländischen Medien mit Falschmeldungen zu "versorgen". (Vgl. *FR* vom 22. und vom 27. Februar 2002.)

Am 26. Februar 2002 brachte *Der Spiegel* ein Interview mit ZDF-Chefredakteur Brender, der, angesprochen auf die beabsichtigte Desinformationskampagne des Pentagon gegen ausländische Medien, argumentierte, daß das ZDF künftig an alle Informationen ein "dikkes Fragezeichen" hängen wolle. Deshalb baue man gerade die Zusammenarbeit mit dem arabischen Nachrichtensender "Al Dschassira" sowie ein Redaktionsbüro in Teheran auf, um Informationen besser "gegenchecken" zu können. Auch wenn das Pentagon nun

das OSI schließen will, stehen den US-Strategen dennoch einige Mittel und Wege offen, für den nötigen Kriegskonsens zu sorgen.

Im Grunde genommen hat sich seit dem Ersten Weltkrieg nichts geändert: Krieg braucht Propaganda! Immer noch werden Bevölkerungen mittels erfundener Lügengeschichten z.B. über angebliche Greueltaten des "Feindes" dazu gebracht, auf den gewünschten Kriegskurs ihrer Regierung und ihres Militärs einzuschwenken.

In seiner Untersuchung über die Kriegspropaganda, welche die Menschen in den USA auf den Golfkrieg vorbereiten sollte, verwies der Kriegsgegner und MIT-Professor Noam Chomsky auf ein frühes Beispiel kriegstreiberischer Propaganda in der US-amerikanischen Geschichte: 1916 sah sich Woodrow Wilson dem Problem gegenüber, obwohl gerade erst mit dem pazifistischen Wahlslogan "Frieden ohne Sieg" zum Präsidenten gewählt, aus "nationalem Interesse" die Bevölkerung der USA auf den Eintritt in den Ersten Weltkrieg "einstimmen" zu müssen. Es wurde ein "Regierungsausschuß für Propaganda", die nach ihrem Vorsitzenden benannte "Creel-Commission", eingerichtet, die es mit Unterstützung von Presse und Wirtschaft schaffte, die friedliebende Bevölkerung der USA innerhalb von sechs Monaten auf Kriegskurs zu bringen. Um diesen Haß und ein gewisses Überlegenheitsgefühl erzeugen zu können, wurden neben der Einschränkung zahlreicher Rechte, wie das der Meinungs- und der Pressefreiheit, den Menschen in den USA z.B. Deutschenfeindliche Lügen aufgetischt. So erfand u.a. das britische "Ministerium für Propaganda" barbarische Greueltaten, die den "Hunnen", wie man die Deutschen nannte, angehängt wurden.

Geheime Aufzeichnungen belegen, daß hinter den Aktivitäten dieses Ministeriums der Wille steckte, 'die Gedanken auf der ganzen Welt zu kontrollieren'. Noch spezieller, sie wollten die Gedanken der intelligenteren Teile der Gemeinschaft in den USA kontrollieren, damit diese die Propaganda verbreiteten, sich zusammenschlossen und eine pazifistische Bevölkerung in eine kriegslüsterne verwandelten. Das funk-

tionierte. Das funktionierte sogar sehr gut. Und daraus zog man die Lehre, daß staatliche Propaganda, wenn sie von den gebildeten Schichten unterstützt und wenn keinerlei abweichende Meinung erlaubt wird, eine große Wirkung haben kann." (Chomsky, Noam: Die Neue Weltordnung und der Golfkrieg, Grafenau 1992: 102)

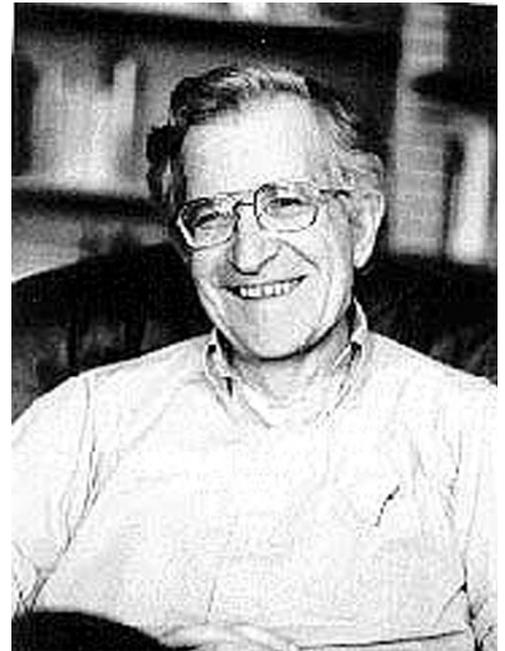
Nach dem Ersten Weltkrieg verlegte sich die "Creel Commission" darauf, die Mär von der "Roten Gefahr" zu installieren, um so die öffentliche Meinung in den USA kontrollieren zu können. Angesichts dieser "Gefahr" und ihrer "notwendigen Bekämpfung" waren die US-Bürgerinnen und -bürger im großen und ganzen bereit, auf einige Grundrechte zu verzichten. Hinter diesem Coup stand das Interesse der herrschenden Eliten, die erstarkende Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen und einzudämmen.

Mittlerweile ist nach Chomsky in den USA eine regelrechte "Public Relations-Industrie" herangewachsen, die bei ihrem Bemühen um *Konsens* bzw. um Kontrolle der öffentlichen Meinung jährlich bis zu 1 Mrd. US\$ umsetzt. (Vgl. Chomsky 1992: 105)

Auch zur Vorbereitung des aktuellen Kriegsgeschehens wurde mindestens eine PR-Agentur, die Rendon-Group mit Sitz in Washington D.C., für mehrere Hundert Mio. US\$ engagiert. Noch bekannt für gezielte Falschinformation aus dem Golfkrieg (à la "Irakische Soldaten reißen in einem kuwaitischen Krankenhaus Babies aus Brutkästen und klatschen sie auf den Fußboden..."), berät sie die Krieger des Pentagon und des Weißen Hauses, mit welchen Pressemitteilungen und mit welcher Desinformation sich die öffentliche Meinung formen läßt. Die US-Regierung kann also getrost auf das OSI verzichten.

In der Bundesrepublik Deutschland ist nicht ganz klar, wie die Medien manipuliert werden. Vor dem Angriffskrieg gegen die BR Jugoslawien hat es eine Reihe von Äußerungen rotgrüner Politiker gegeben, die die sog. öffentliche Meinung stark kanalisiert, und die geeignet waren, die Jahrzehnte währende Kriegsunlust der Deutschen zu vertreiben. Der damalige NATO-Sprecher höchstpersönlich, der medienerfahrene

Brite "Jamie" Shea, bescheinigte der Bundesregierung ungeheures Geschick bei der Manipulation der "öffentlichen Meinung": "Die politischen Führer spielten die entscheidende Rolle für die öffentliche Meinung. Sie sind die demokratisch gewählten Vertreter. Sie wußten, welche Nachricht jeweils für die öffentliche Meinung in ihrem Land wichtig war. Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und



Noam Chomsky

Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterherrennen, sondern diese zu formen verstehen." (zit. nach der Film-Dokumentation von Jo Angerer und Matthias Werth: "Es begann mit einer Lüge", die am 8. Februar 2001 in der ARD ausgestrahlt wurde.)

An gleicher Stelle hebt er die Bedeutung der bundesdeutschen Front im Informationskrieg hervor und behauptet, daß, wenn *hier* die öffentliche Meinung gekippt wäre, der NATO-Angriffskrieg sich nicht hätte führen lassen. Menschen, die hier Gegenöffentlichkeit herzustellen versuchen, auch gegen die neuen und neuesten Kriege, müßte dieses Statement Mut machen.

Edo Schmidt

Münster läuft

Das Thema „Laufen“ steht im Mittelpunkt von Veranstaltungen des Instituts für Sportkultur und Weiterbildung

Laufen ist gesund, Laufen macht Spaß, Laufen befreit, Laufen macht erfolgreich. Es gibt viele Argumente dafür, die Laufschuhe zu schnüren. Auch in Münster erfreut sich der Laufsport immer größerer Beliebtheit. Ob am Kanal, auf der Promenade oder rund um den Aasee, überall frönen Läufer ihrem sportlichen Hobby. In diesem Jahr, in dem in Münster sogar ein Marathon Premiere feiert, stellt auch das Institut für Sportkultur und Weiterbildung der Uni Münster das Laufen in den Mittelpunkt.

Die Laufbewegung in Deutschland

Ab Ende Mai wird in der öffentlichen Vortragsreihe „Die Laufbewegung in Deutschland – Bilanz und Perspektiven“ das Laufen aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Unter anderem wird den Fragen nachgegangen, warum Laufen für die Gesundheit, den Lustgewinn oder das Politikerimage förderlich sein soll. Für den ersten Vortrag am Mittwoch, den 29. Mai, konnte Gerhard Uhlenbruck, Sportimmunologe aus Köln, gewonnen werden. Er nimmt sich des Themas an: „Kann man durch Aus-

dauerlaufen sein Immunsystem stärken?“ Die Veranstaltung beginnt um 20 Uhr im Hörsaal 21, Leonardo-Campus 17. Für Nichtstudierende kostet der Eintritt • 5. Bis August werden Mittwochs abends weitere Vorträge folgen.

Leonardo-Campus-Run

Auch die Praxis kommt nicht zu kurz: Nach dem großen Erfolg im letzten Jahr, wird es am 3. Juli den 2. Leonardo-Campus-Run geben. Wieder organisiert ein Team von Studierenden den anerkannten Volkslauf auf dem neuen

Campus-Gelände an der Steinfurter Straße. Flankiert wird das Lauf-Event mit Vorträgen, Workshops und einer Messe rund um das Laufen. Ab 17:00 Uhr fallen die Startschüsse für die Strecken über 2,5 km, 5 km und 10 km. Eine Besonderheit ist der PSD-Mixed-Team-Run. Hier treten Mannschaften mit mindestens sechs Starterinnen und Startern über die 2,5 km-Distanz gegeneinander an. Außerdem warten auf die fünf größten vorangemeldeten Gruppen besondere Auszeichnungen.

Sommer Universität Münster

Der läuferische Höhepunkt des Jahres wird wohl der erste Volksbank Münster Marathon am 8. September sein. Im Vorfeld findet vom 4. bis 7. September die Sommer Universität Münster (SUM) zum Thema „Laufen in Schule, Verein und Freizeit“ statt. Das Programm bietet einen frischen Wechsel zwischen Theorie und Praxis: Am Mittwoch, den 4. September, feiert der Volkslauf-Klassiker „Rund um das Schloss“ sein 10-jähriges Jubiläum. Direkt anschließend findet im Schloss die Eröffnungsveranstaltung der Sommer Universität statt. Der Donnerstag steht im Zeichen des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV). Dieter Massin, Vizepräsident des DLV, referiert nachmittags über „neue Wege in der Leichtathletik“. Am Freitag-Vormittag wird es einen Schüler-Lauf im Wienburg-Park und eine Lehrerfortbildung zum Thema „Laufen als Event im Schulsport“ geben. Nachmittags werden auf dem Leonardo-Campus verschiedene Workshops angeboten sowie ein Lauf auf den Spuren der Skulpturenausstellung. Der Samstag ist der Tag des Fußball- und Leichtathletik-Verbandes Westfalen (FLVW). Vormittags findet auf dem Leonardo-Campus eine Lauf-Tagung statt, nachmittags die Terminbörse. Die SUM wird vom Institut für Sportkultur und Weiterbildung in Kooperation mit dem FLVW organisiert und ist auch für Nichtstudierende offen. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.welcome.to/isw oder telefonisch unter 0251-8332317.



Der Leonardus-Campus-Run im letzten Jahr

(Jan Schüttler)

Jan Schüttler

Jobbörse

„JurStart“ an der Uni

Für Juristen ist der Einstieg in das Berufsleben seit Jahren aufgrund des gesättigten Arbeitsmarktes schwierig. Um dennoch Nachfrage und Angebot zueinander finden zu lassen, haben sich in den vergangenen Jahren Jobbörsen etabliert, die sich das Ziel gesetzt haben, Berufseinsteigern ein Forum für erste Kontakte mit potentiellen Arbeitgebern zu bieten. Kommerzielle Veranstalter solcher Messen verdienen unter dem Druck der Arbeitsmarktsituation an den Bewerbern, indem diese Entgelt für die Teilnahme aufbringen müssen. Mit „JurStart“ hingegen veranstaltet die juristische Fakultät der Universität Münster unter Leitung von *Professor Dr. Wolfram Timm* (Institut für Deutsches und Europäisches Unternehmensrecht) am 23. Mai 2002 – dem Donnerstag nach Pfingsten – zum

dritten Mal eine solche Berufsmesse, die – im Gegensatz zu den kommerziellen Anbietern – kostenlos von den Bewerbern genutzt werden kann und bundesweit die größte Veranstaltung dieser Art ist. Viele der renommiertesten Kanzleien und Unternehmen haben bereits zugesagt. Mit Blick auf die in den Vorjahren gelungene erfolgreiche Vermittlung zahlreicher Traumjobs an qualifizierte Bewerber erwarten die ausstellenden Kanzleien nun gespannt ihre Mitarbeiter von morgen. Dabei bietet JurStart vor allem den Bewerbern viel: Studenten, Referendare und Assessoren können Kanzleien und Unternehmen durch Vorträge und an Messeständen unverbindlich kennen lernen sowie bereits im Vorfeld Termine für konkrete Bewerbungsgespräche an diesem Tag vereinbaren. Im

Rahmenprogramm stellen ausgewiesene Spezialisten einzelne Berufsfelder vor. Am Tag vor der Messe werden ganztägige Workshops zum Bewerbertraining angeboten, wobei insbesondere mit einem Bewerbungstraining speziell für Frauen den Besonderheiten, die sich in Bewerbungsgesprächen für Bewerberinnen ergeben, durch qualifizierte Referenten/Referentinnen sowie Personalentscheidern Rechnung getragen wird. Unter www.jurstart.de, der messeeigenen Homepage, finden sowohl Aussteller als auch Bewerber zahlreiche Informationen zur Messe, Karrieretipps sowie eine Online-Jobbörse, mit der Bewerber und Arbeitgeber auch neben dem Messetermin zueinander finden können. Weitere Informationen unter: Institut für Deutsches und Europäisches Unternehmensrecht, Direktor Professor Dr. Timm, Universitätsstraße 14-16, 48143 Münster, Tel.: 0251/8322730, Fax: 0251/322733, Email: timmbf3@uni-muenster.de.

Christoph Weber

Freiheit und Offenheit von Linuxen und GNUs

Wenn man heutzutage einen Computer „von der Stange“ kauft, erhält man meistens gleich das Betriebssystem Windows (c) der Firma Microsoft (c) dazu; außerdem erhält man noch weitere Software - zum Beispiel um Texte zu schreiben, im Internet zu surfen oder eMails zu lesen. Auch das ist ein Grund dafür, daß die Firma Microsoft in immer mehr Softwarebereichen ein (quasi-)Monopol besitzt - man bekommt es ja mit dem Kauf eines Computers mitgeliefert. Doch, man glaubt es kaum, es gibt tatsächlich Alternativen, und auf die - insbesondere eine davon - möchte ich im Folgenden eingehen.

Betriebssysteme

Die Grundlage, daß ein Computer arbeiten kann, ist das Betriebssystem. Neben dem schon erwähnten Microsoft Windows gibt es eine Reihe anderer Betriebssysteme, beispielsweise Unix, MacOS, Linux, BSD und so weiter. Teilweise sind diese Systeme miteinander

der verwandt, sie haben aber verschiedene Strukturen und bieten verschiedene Möglichkeiten.

Linux

Zur Zeit hört man immer mal wieder vom Linux. Linux ist ein recht neues Betriebssystem, seine erste Version

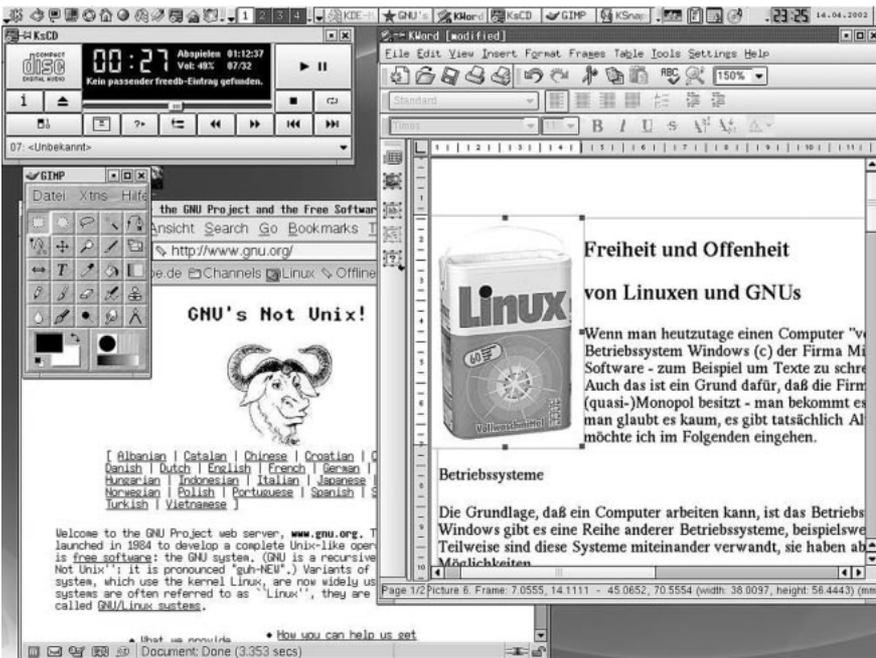
wurde Anfang der 90er Jahre von einem finnischen Studenten programmiert. Dieser finnische Student hatte die Idee, den Quelltext seines Betriebssystems im Internet zu veröffentlichen und zu erlauben, daß andere Programmierer diesen Quelltext verändern. Dazu lizenzierte er das Programm mit der sogenannten GNU General Public License (GPL) [1]. Und das ist der erste Unterschied zu Windows. Microsoft hält den Quelltext unter Verschluss, niemand kann ihn sich ansehen oder ihn gar ändern. Somit weiß niemand, was das Windows überhaupt im Hintergrund macht, beim Linux besteht die Möglichkeit, es sich genauer anzusehen und man kann sich zumindest darauf verlassen, daß andere Menschen, die nicht für die Herstellerfirma arbeiten, dies getan haben.

Seit den frühen 90ern wurde dieses Linux weiterentwickelt, es wurden Programme dafür geschrieben und es wurde mit einer graphischen Oberfläche verbunden. Außerdem fanden sich Leute, die es für eine gute Idee hielten, dieses Linux und etliche Programme auf eine CD zu packen und es mit

Installations- und Einrichtungs-
werkzeugen zu versehen, so daß es ein-
facher zu handhaben ist. Dies geschah
teilweise kommerziell durch die Firmen
SuSE, Redhat und so weiter, es geschah
aber auch „frei“, unter der GPL, bei-
spielsweise durch das Debian-Projekt
[2]. So hat der Nutzer verschiedene
sogenannte Linux-Distributionen zur

selbst, unter Lizenzen wie der schon
erwähnten GPL. Das hat für versierte-
re Nutzer mit Programmierkenntnissen
den Vorteil, daß sie zur Not selbst Hand
anlegen können. Manche dieser soge-
nannten open-source-Programme sind
auch für andere Betriebssysteme ver-
fügbar, zum Beispiel der Internet-
browser Mozilla [3] oder das Office-

auch kein großes Problem mehr, seit-
dem es verschiedene sogenannte Paket-
manager gibt. Ein Programm entspricht
hierbei einem (oder mehreren)
Paket(en), der Paketmanager kümmert
sich darum, daß andere möglicherwei-
se notwendige Pakete installiert sind -
und das tolle ist, daß man diese Pakete
später ohne Rückstände entfernen kann.
Sicher, Linux ist anders als Windows,
und das ist auch gut so. Es ist auch klar,
daß man sich mit seinem Linux-System
mehr beschäftigen sollte als man es mit
seinem Windows macht. Aber warum
auch nicht, schließlich lernt man hier-
bei etwas fürs Leben. Man erwirbt Wis-
sen, das man im späteren Leben noch
gebrauchen kann - in einer Welt, in der
Computer immer wichtiger geworden
sind. Und man kann Geld sparen: eine
Linux-Distributionen mit über 1000
Programmen bekommt man zwischen
0 und 100 Euro, während man allein
für Windows und MS Office wahr-
scheinlich 400 oder 500 Euro hin-
blättern muß.



Ein Bildschirm voller freier Software

(Baldo Sahlmüller)

Auswahl, je nach Geschmack und Be-
dürfnissen.

Diese Distributionen beinhalten alles
was das Herz begehrt: ein Betriebs-
system mit graphischer Oberfläche, mit
Internetsoftware, Office- und Grafik-
Programmen, Spielen, Tools zum Bren-
nen von CDs und und und. Aufzählen
lassen sich die mitgelieferten Program-
me, meist weit über 1000, an dieser
Stelle nicht. Mitgeliefert wird natürlich
auch die Netzwerkfähigkeit mitsamt
Server-Tools, mitgeliefert werden auch
Entwicklungswerkzeuge für diverse
Programmiersprachen und wissen-
schaftliche Anwendungen.

open source

Die meisten der Programme, die in so
einer Linux-Distribution enthalten sind,
werden auch im Quelltext mitgeliefert,
sie stehen, wie das Betriebssystem

Programm OpenOffice [4]. Man kann
also auch auf diese alternative Software
zurückgreifen, wenn man sich nicht von
seinem Windows trennen möchte.

Installation

Ein Vorurteil, das man über Linux im-
mer wieder hört, ist, daß es sich nur mit
viel Erfahrung installieren und verwal-
ten läßt. Nun, anfangs war das sicher-
lich so, aber es hat große Fortschritte
in der Benutzerfreundlichkeit gegeben.
So warten moderne Distributionen mit
einfach zu bedienenden Installations-
und Administrations-Werkzeugen auf,
die einem viel Arbeit abnehmen. Das
ist für den Einsteiger sicherlich ange-
nehm, für den fortgeschrittenen Nutzer
sind diese Werkzeuge manchmal eher
störend - kein Problem, man kann na-
türlich auch auf sie verzichten.

Die Installation von Programmen ist

Aber mein Windows?

Man kann Linux, will man auf sein
Windows nicht verzichten, auch paral-
lel dazu installieren, dank großer Fest-
platten ist das kein Platzproblem mehr.
Man kann dann beim Booten des Com-
puters auswählen, welches der beiden
Betriebssysteme man benutzen möch-
te, und man kann vom Linux aus auf
die Windows-Daten zurückgreifen,
falls man sie mal braucht.

Übrigens hat sich in der letzten Zeit
gezeigt, daß in der Computerwelt -
ebenso wie in der Biologie - Monokul-
turen gewisse Gefahren bergen. Immer
wieder rollen Virenlawinen über den
Globus, Computervirenlawinen. Die
meisten dieser Viren sind speziell auf
Windows und sein E-Mail-Programm
Outlook-Express zugeschnitten. Das ist
halt ein Problem bei über 90 Prozent
Marktanteil von Microsoft.

Baldo Sahlmüller

- [1] <http://www.gnu.org/licenses/licenses.html#GPL>
- [2] <http://www.debian.org>
- [3] <http://www.mozilla.org>
- [4] <http://www.openoffice.org>

Gemeinsame Erklärung zur Rasterfahndung

der Allgemeinen Studierendenausschüsse (ASten) der Universitäten Bielefeld, Gießen, Münster, Osnabrück, der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, der Gesamthochschulen Duisburg, Essen und Siegen und der Fachhochschule Münster, des ReferentInnenrats der HU Berlin, der BSÖ e.V., sowie des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs)

Die Studierendenvertretungen scheinen derzeit die gesellschaftliche Kraft in der Bundesrepublik zu sein, die am stärksten gegen die Rasterfahndung aktiv ist. Gewerkschaften, Anwaltsverbände und DatenschützerInnen beteiligten sich meist erst nach den ersten juristischen Erfolgen gegen die Rasterfahndung am öffentlichen Diskurs, obwohl weit mehr Menschen von dem massenhaften Datenabgleich betroffen sind als nur Studierende an deutschen Hochschulen. Nachdem der Rasterfahndung bereits in mehreren Bundesländern gerichtlich ein Ende bereitet wurde, fordern die ASten, jetzt endlich auch bundesweit mit dem Datenabgleich Schluss zu machen. Stattdessen bleiben nach den Hochschulen, Meldeämtern und dem Ausländerzentralregister nach wie vor die Beschäftigten in so genannten „sicherheitsrelevanten Bereichen“, dazu gehören etwa Energieversorger, Stadtwerke und Nahverkehrsbetriebe, im Visier der Rasterfahnder. Da es bislang keine gerichtlichen Schritte Betroffener in diesen Betrieben gibt, dauern die polizeilichen Ermittlungen dort an.

1. Der Sicherheitsaktionismus muss gestoppt, der vermeintliche Ausnahmezustand beendet werden.

Die umfangreichen Kompetenzen von Polizei- und Sicherheitsbehörden im Rahmen der so genannten Anti-Terror-Gesetzgebung müssen deutlich reduziert werden. Weder ist die Bundesrepublik nach dem 11. September 2001 durch terroristische Anschläge derart gefährdet, dass einer möglichen neuen Gefahrenlage nicht mit Hilfe der zum Zeitpunkt der Anschläge auf die USA bereits geltenden Gesetze begegnet

werden könnte, noch liegt ein dauerhafter Ausnahmezustand vor.

2. Dem Datenschutz muss in Deutschland eine höhere Priorität eingeräumt werden.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darf nicht durch Ermittlungsbehörden und Geheimdienste ausgehöhlt werden und zur leeren Worthülse verkommen. Der Sicherheitsaktionismus muss umgehend beendet werden. Rechtsstaatliche Sicherheiten und Garantien müssen wieder wirksam werden. Datenschutz ist kein Terroristenschutz, sondern der Schutz der Bevölkerung vor übermäßigem staatlichen Eingriff in die persönliche Freiheit. Den Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern, die bereits früh vor überzogenen Maßnahmen bei der Terrorismusbekämpfung warnten, ist endlich stärker Gehör zu verschaffen.

3. Die in den Bundesländern angeordnete und durch die Landeskriminalämter durchgeführte Rasterfahndung zur Auffindung sog. Schläfer ist illegal.

Laut Aussagen der Bundesregierung gibt es in Deutschland keine Anzeichen für die Verübung von Terrorakten oder auch nur für deren Planung. Damit besteht keine „gegenwärtige Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes“, wie sie in den Polizeigesetzen der meisten Länder als Voraussetzung für eine Rasterfahndung genannt wird. Die Einleitung einer Rasterfahndung ist nicht schon deshalb gerechtfertigt, weil sich nicht definitiv ausschließen lässt, dass sich in Deutschland möglicherweise „Schläfer“ aufhalten. Aus diesem und den

nachfolgend genannten Gründen sind die Rasterfahndungen in den Bundesländern umgehend zu beenden und die erhobenen Daten zu löschen.

4. In einigen Bundesländern ist die Rasterfahndung schon deshalb rechtswidrig, weil der Gesetzgeber sie nicht hinreichend eingeschränkt hat.

In Niedersachsen beispielsweise ist weder eine Richterentscheidung als Prüfinstanz vorgesehen, noch wird eine Anforderung an den Grad der Gefahr gestellt. Somit könnte die Polizei bei nahezu jeder Straftat von erheblicher Bedeutung das Instrument der Rasterfahndung verwenden, was einen massiven Grundrechtseingriff für eine Vielzahl von Personen beinhaltet.

Die hessische Landesregierung hat erst kürzlich angekündigt, das dortige Polizeigesetz ebenso „vereinfachen“ zu wollen. Theoretisch würde dann der Verdacht des bandenmäßigen Fahrraddiebstahls ausreichen, die Daten einer Vielzahl von Menschen polizeilich zu erfassen und abzugleichen. Selbst das Polizeipräsidium Düsseldorf räumt die Schwere des Grundrechtseingriffs ein. In einer Stellungnahme der Polizei heißt es: „Die polizeiliche Erfassung der Personen [...] und die Nutzung ihrer Daten kann als ‘tiefgreifender Grundrechtseingriff’ [...] gewertet werden, zumal wenn die Datennutzung im einzelnen nicht vorhersehbar und überschaubar ist.“ Und weiter: „Fraglich mag ein Erfolg der Rasterfahndung sein. Denn erstmals ging und geht es nicht um das Auffinden von Personen, die durch Verhaltensmuster erkannten Störern gleichen, sondern um solche, die sich ge-



Carl-von-Ossietzky-Universität

nauso unauffällig und störungsfrei wie die Mehrzahl der Bürger verhalten.“ (1)

5. Die Rasterfahndung ist kein geeignetes Mittel zur Gefahrenabwehr.

Es gibt in der Geschichte der Rasterfahndung in der Bundesrepublik nicht einen Fall, in dem die Rasterfahndung zur Abwendung von Gefahren erfolgreich war. (2) Die Suchkriterien wie Alter, Religion und Staatsangehörigkeit sind so allgemein, dass in den Bundesländern extrem umfangreiche Datenbestände erstellt werden. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden die Daten von 4,7 Millionen Einwohnern verarbeitet.

Auf eine vermeintliche Nähe zum Terrorismus weist keines der Suchkriterien hin. Dies scheint auch nicht möglich, da das wesentlichste Merkmal eines „Schläfers“ ja gerade seine Unauffälligkeit ist. Die im Frühjahr 2002 offenbar werdende Erfolglosigkeit der Rasterfahndung bestätigt die Ungeeignetheit der Maßnahme.



Universität
Bielefeld

6. Mit der Rasterfahndung wird eine ganze Bevölkerungsg

ruppe unter Generalverdacht gestellt.

Durch die Erhebung der personenbezogenen Daten aller jungen Männer aus



Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung wird ein pauschaler Verdacht erhoben, der in der Bevölkerung verbreiteten Vorurteilen gegenüber



Ausländerinnen und Ausländern und speziell Muslimen Vorschub leistet. Im Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf, wonach die Rasterfahndung

teilweise rechtswidrig war, heißt es etwa: „Der Beteiligte zu 2 stand als Nichtstörer in einer - wenn auch schwachen - Beziehung zu dieser Situation, denn er besitzt eine Staatsangehörigkeit, die [...] als verdächtig aufgeführt ist.“ (3) Der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes ist unbedingt zu beachten. Einseitige Diskriminierungen die prinzipiell alle Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens verdächtigen - wie durch das Oberlandesgericht Düsseldorf ausgesprochen - sind durch nichts zu rechtfertigen.

7. Die Internationalität der Hochschulen ist durch die Rasterfahndung ernsthaft gefährdet.

Die Bemühungen der Hochschulen, sich zu Orten der internationalen Begegnung zu entwickeln, werden durch die Rasterfahndung konterkariert. Es ist zu befürchten, dass insbesondere Studierende aus arabischen Staaten oder muslimischen Glaubens der deutschen Hochschullandschaft im Rahmen von Gaststudienjahren und Austausch künftig fern bleiben, da sie sich in Deutschland pauschalisierenden Verdächtigungen ausgesetzt sehen. Rasterkriterien wie Straflosigkeit, Mehrsprachigkeit und Reisehäufigkeit werden gerade von Studierenden erwartet und im Rahmen der Rasterfahndung nun gegen sie verwendet.

8. Das Bundeskriminalamt hat ohne gesetzliche Grundlage gerastert.

Bundesweit wurden bereits im Oktober 2001 Personaldaten der Mitarbeiter von Energieversorgern, Unternehmen der Gas- und Wasserwirtschaft und der chemischen Industrie

angefordert. Dies bedeutet eine massenhafte Grundrechtsverletzung, die vom BKA verheimlicht wurde. Weder die Betroffenen, noch die Öffentlichkeit wurden von der Datenweitergabe offiziell informiert. Das Bundeskriminalamt muss deutlich machen, wo und zu welcher Zeit es Daten erhoben hat; die Betroffenen sind von ihren Betrieben über die Datenweitergabe umgehend in Kenntnis zu setzen. Der Datenschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss gestärkt werden.

9. Das Bundeskriminalamt gleicht illegal Daten der Länder ab.

Die von den Ländern erhobenen personenbezogenen Daten werden zentral beim Bundeskriminalamt mit dessen illegal bei Unternehmen erhobenen Datenbeständen abgeglichen. Für dieses Vorgehen besteht nicht der Hauch einer gesetzlichen Grundlage. Das BKA besitzt keine Befugnis zu einer präventiven Rasterfahndung zu Gefahrenabwehrzwecken und darf überdies bei der Rasterfahndung der Länder lediglich unterstützend tätig werden. Weder die Polizei- und Sicherheitsgesetze der Länder noch das Bundeskriminalamtsgesetz decken einen zentralen Abgleich der Daten beim BKA, da die bei den Landeskriminalämtern erhobenen Daten der Herrschaft und Verantwortung des jeweiligen Landes unterliegen, in dem sie erhoben wurden. Hier maßt sich das BKA die Kompetenz einer gesetzlich nicht vorgesehenen Bundespolizei an. Der Föderalismus wird untergraben; der „Rechtsstaat“ führt sich selbst ad absurdum. (4)

Die genannten ASten und der fzs fordern:

- # Rasterfahndung stoppen!
- # Betroffene Personen informieren!
- # Geheimdienste abschaffen!
- # Für mehr Rechtsstaatlichkeit!
- # Rasterfahnder go home!

Anmerkungen

(1) Stellungnahme des Polizeipräsidenten Düsseldorf an das Oberlandesgericht Düsseldorf vom 12.12.2001, Az. 3 Wx 358/01.

(2) vgl. Bäumler, in: Hans Lisken (Hg.): Handbuch des Polizeirechts. 3. Aufl., München 2001, Kapitel J, Rnr. 717.

(3) Es handelte sich um einen jordanischen Staatsangehörigen. Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf, Az. 3 Wx 351/01.

(4) Siehe auch: Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen vom 28.03.2002: „Rechtliche Probleme bei der Rasterfahndung“, www.lfd.niedersachsen.de/aktuelles/direkt_raster2.html

Studierendenproteste in Österreich

Eine Demonstration mit 20.000 TeilnehmerInnen gegen das österreichische Universitätsgesetz fand am 24.4. in Wien statt. Vorangegangen war ein 24-Stunden-Aktionstag am 17. April der österreichischen HochschülerInnenschaft, in der alle österreichischen Studierenden zusammengeschlossen sind. Die Studierendenvertretung kritisierte den „massivsten Demokratieabbau in der jüngeren Geschichte der Universitäten“ und die „Einfärbung der Gremien in schwarzblau“, d.h. den Farben der Bundesregierung von konser-

vativer ÖVP und rechtspopulistischer FPÖ. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Einführung von Studiengebühren („Studienbeiträgen“) zu massiver Kritik der Studierenden geführt. Danach sind österreichische Studierende zu Beiträgen in Höhe von 5000 öS oder 363,36 • verpflichtet, für AusländerInnen kann dieser Beitrag auf 10000öS oder 726,72 • angehoben werden.

Link:
<http://www.oeh.ac.at>

Studiengebührenverbot und eine Studierendenschaft mit politischem Mandat in allen Bundesländern, das hatte die Bundesregierung den Studierenden versprochen. Die gesetzliche Regelung, welche am 25.4. den Bundestag passierte, fand dann aber doch die deutliche Kritik der Studierendenverbände. Die Regelung, die ausdrücklich Ausnahmeregelungen der Länder vorsieht, würde die Praxis der Langzeitstudiengebühren in Baden-Württemberg genauso wenig stoppen wie ähnliche Vorhaben in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz oder NRW.

Links:

<http://www.gute-bildung.de>
<http://www.fs.tum.de/fzs>
<http://www.studierende-abs.de>

Studentenwerk will Selbstorganisation stärken

Nach positiven Erfahrungen mit der Wiederbelebung von WohnheimsprecherInnen und -räten in einzelnen Wohnheimen möchte das Studentenwerk Münster die Bildung von Interessenvertretungen der WohnheimmieterInnen aktiv fördern. Zum einen soll die bisherige projektbezogene Zusammenarbeit weitergeführt werden, wie sie vor allem für die Wohnheime am Wilhelmskamp (Steinfurter Straße) seit einem knappen Jahr laufen. Zum anderen sollen in Zusammenarbeit mit der Brücke, dem internationalen Zentrum der Universität, Anstöße zur Gründung von Heimräten gegeben werden. Die bestehenden Heimräte sollen in die Arbeit mit aufgenommen werden. Auf einem Termin in Bonn konnte sich der Geschäftsführer des Studentenwerks zusammen mit den Abteilungsleitern der Bereiche Wohnraumverwaltung und Gebäudemanagement sowie den

studentischen Vertretern im Verwaltungsausschuss über das gut funktionierende „Bonner Modell“ informieren. Von den knapp 4000 Wohnheimmietern beteiligen sich dort über 400 ehrenamtlich an der Selbstverwaltung von Teestuben, Wohnheimbars oder kümmern sich um die Betreuung ausländischer Studierender oder um ein kulturelles Angebot im Wohnheim. In Münster waren WohnheimsprecherInnen Ende der siebziger Jahre nach Einschätzung des damaligen Geschäftsführers vor allem aus Kostengründen abgeschafft worden. Jetzt sollen Anreize für studentisches Engagement in Form von Wohnzeitverlängerung oder anderem geschaffen werden.

Links:
<http://www.studentenwerk-muenster.de>
<http://www.tabu.uni-bonn.de>



Bundesbildungsministerin Buhlmann hat ihr Versprechen nicht gehalten: Kein Verbot von Langzeitstudiengebühren in Sicht

Erst chatten, dann grillen

Wohnheim-Initiative im Internet

Es ist mittlerweile allgemein bekannt, dass in den Studentenwohnheimen, vor allem in denen mit Ein-Zimmer-Apartements, eine erschreckende Anonymität herrscht. Seinen nächsten Nachbarn persönlich zu kennen, ist schon geradezu die Ausnahme. Das besondere Problem ist, dass es keine Gemeinschaftsräume gibt, in denen man in Kontakt treten könnte. Die Wohnheime besitzen jedoch zahlreiche Grünflächen, so dass es im Sommer kein Problem sein dürfte, gemeinsame Grillabende oder ähnliches zu veranstalten, aus denen die ein oder andere Bekanntschaft entwachsen könnte. Hier mangelt es offensichtlich an Mut, z. B. die Be-

wohner seines Flures einfach zu fragen, ob sie daran mal Interesse hätten. Um genau dieses zu erleichtern, habe ich auf meiner Homepage (<http://go.to/lordmight>) die Gelegenheit geschaffen, sich in einem Chat kennen zu lernen und an einer virtuellen Pinnwand Ideen für gemeinsame Veranstaltungen, wie dem Grillen, zu veröffentlichen. Der Chat trägt zwar die spezielle Bezeichnung „Gescherweg-Chat“, da ich selbst in dem dortigen Wohnheim wohne, er kann allerdings grundsätzlich von jedem Studenten bzw. jeder Studentin aus Münster genutzt werden. Noch ist ein sinnvolles Chatten nur zu vereinbarten Zeiten möglich, da die Resonanz ein-



Dennis Pongs

zig im Gescherweg zu gering ist, aber wenn auch Du künftig mal vorbeischaust und mitmachst, besitzt Münster bald den ersten Studenten-Chat, der fast ständig besucht sein dürfte.

Dennis Pongs
<http://go.to/lordmight>



Mathematische Prosa

Hanne Darboven im Westfälischen Landesmuseum Münster

Tausende von Zahlen, handschriftlich notiert auf Notizblättern, Milimeterpapier und Buchseiten, systematisiert, indiziert, geordnet. Eine Systematik ist offensichtlich, aber sie erschließt sich kaum. Es handelt sich augenscheinlich um Arbeiten, die einen hohen Grad an Anstrengung zur Entschlüsselung erfordern, wie die Kuratorinnen Elke Bippus und Ortrud Westheider bemerken.

Aber am Anfang ist der visuelle Eindruck: Allein die überwältige Menge von 2624 gerahmten und gehängten Blättern schafft eine ästhetische Erfahrung, die zu überwältigen im Stande ist. Hinzu kommen die 1456 Bücher, die in 50 Vitrinen gestapelt sind und die Werkschau der Konzeptkünstlerin Hanne Darboven vervollständigen.

Bereits in den 60er Jahren schließt sich Darboven der Concept Art an, der es um die Freilegung der künstlerischen Mittel als Basis für inhaltliche Mittei-

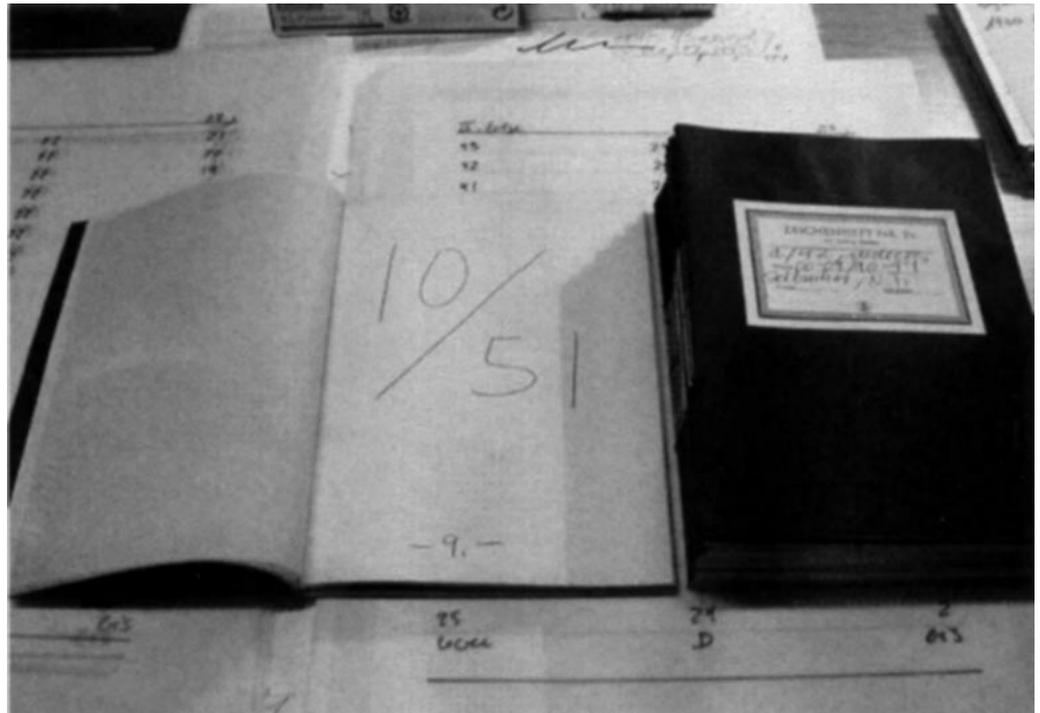
lungen geht. Sie stellt in New York mit anderen Konzeptkünstlern wie Sol LeWitt und On Kawara aus und findet gegen Ende des Jahrzehnts mit der Zahlenaddition nach Kalenderdaten zu ihrem vornehmlichem Formenrepertoire. Die Additionen und Quersummenbildungen, die krude Zahlenreihen ergeben, visualisieren Zeit: Die Zeit der gezählten Tage, Monate und Jahre sowie die Zeit der „schriftstellerischen“ Tätigkeit selbst. Ob damit aber zugleich die Zeichen vereindeutigt und auf eine Bedeutung festgelegt sind, muß ange-

sichts der steten Notwendigkeit, sie zu entziffern, fraglich bleiben. Als Schreibende sieht Darboven sich in der Tradition von James Joyce. Linearität und Kohärenz zerstörend, schreibt sie mit der Gewissenhaftigkeit einer Büroangestellten „mathematische Prosa“, wie sie es nennt. Die Veranschaulichung von Zeit so wie das Prinzip des Schreibens ohne zu beschreiben finden sich ebenfalls in ihrer monumentalen Arbeit „Schreibzeit“. Darin sind eigene Abschriften von Spiegel-Artikeln und literarischen und politischen Texten von Sartre, Benjamin und anderen mit Kommentaren, Summen und sogar Fotos versehen. Unter den auf Papier geklebten Fotos in anderen Arbeiten finden sich zwischen vermeintlich bedeutungslosem Tand und obskuren Gegenständen auch Bismarck-Büsten oder eine Sinti-Familie („Lustig ist das Zigeunerleben“, 1979), die Begebenheiten deutscher Kulturgeschichte zunächst sammeln und implizit kommentieren. Flohmarkt-Assecoires wie Stoffteddys heften dabei gleichberechtigt neben Werken irgendwelcher Künstlerkollegen. Diese partikulare und hierarchiefreie Ästhetik Darbovens ist auch als Statement

in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verstanden worden: Hier ist das Leben nicht schön, wie in Hollywood-Produktionen a la Begnini, sondern zunächst einmal auseinanderzunehmen. Denn nur „Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten“ (Freud) schützt vor dem Wiederholungszwang. Allerdings wollen auch diese schweren Implikationen in ihrem Werk, mit denen Darboven sich zweifellos auch vom Lager der Konzeptkünstler absetzt, erst gefunden werden.

Kürzlich fand im Westfälischen Kunstverein, in dem die 1941 geborene Darboven bereits 1971 ihre erste große Ausstellung hatte, eine Fotoschau zeitgenössischer FotografInnen statt („formal social“). Darin ging es um die Frage, inwieweit eine Rückbesinnung

auf formale Kriterien nicht die Voraussetzung für die Formulierung sozialer Inhalte sei. Für Darboven ist diese Frage seit den 60er Jahren beantwortet. Noch in den Proportionen, hatte Adorno gesagt, zittern reale Verhältnisse nach. Im Westfälischen Landesmuseum aber ist alles fixiert und von bibbernden Zuständen nicht viel zu spüren. Liegt es an der formalen Strenge?



Konzeptkunst: Visualisierte Zahlen

Liegt es an der für Konzeptkunst ungewohnten materiellen Präsenz? Oder an der nahezu sterilen musealen Ordnung der Handarbeiten? KünstlerInnen als Werk-Tätige zu verstehen und dem Künstlermodell des machohaften Genies etwas entgegenzusetzen, war eines der ursprünglichen Anliegen der konzeptuellen Kunst. Darboven hat sich explizit gegen elitäre Kunst geäußert. Und jetzt stehen hier Regale mit Ordnern, hängen Rahmen mit Zeichen und liegen Zettel gebunden in Vitrinen. Durch die Fragmentarisierungen, die fehlenden Erzählstränge, soll die Möglichkeit zur Neuzusammensetzung privater und politischer Ereignisse bestehen. Letztlich geht es auch hier um das Spannungsverhältnis zwischen individueller Verantwortung und künstlerischer Existenz. Aber die ästhetische

Qualität dieser Buchausstellung fängt die Frage nach übergeordnetem Sinn direkt ab. Und doch müßte sie, würde sie zugelassen, die Absurdität und das Egomane der ausgestellten Akribie zumindest erwähnen. Den Kuratorinnen ist ohne Zweifel eine beeindruckende Ausstellung gelungen und das Werk Hanne Darbovens hat sein überfälliges Verzeichnis erhalten. Die Fragen nach

Zusammenhang und Vermittlung aber dürften getrost weiterhin gestellt werden. Oder, um einen früheren Impuls der Künstlerin zitierend aufzugreifen: FAZ-Magazin: „Wie wollen sie sein?“, Darboven: „Weiter“.

Jens Kastner

Hanne Darboven. Bücher 1966-2002. Westfälisches Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Münster. 24.03.-26.05.2002.

Zur Ausstellung ist ein Werksverzeichnis erschienen: Elke Bippus und Ortrud Westheider: Hanne Darboven. Kommentiertes Werksverzeichnis der Bücher, Köln 2002 (Verlag der Buchhandlung Walther König), 216 S., 48,-Euro.

Subjekt, wie bist du denn drauf?

Ein Sammelband zur Theorie der Ideologieproduktion und Subjektkonstitution in der Gegenwart

Adorno fand es einmal unverschämt, dass manche Leute überhaupt „Ich“ sagen, und Foucault wollte nicht gefragt werden, wer er denn sei.

Irgend etwas ist nicht in Ordnung mit dem modernen Subjekt, und das nicht erst, seitdem wir in postmodernen Zeiten leben oder seitdem es postmoderne Theorie gibt. Aber was? Dieser Frage widmen sich schon lange sowohl die Ideologiekritik der Kritischen Theorie als auch das theoriepolitische Label der Subjektkonstitution im Anschluß an die Machttheorie Michel Foucaults. Gemeinsam und nicht als gegensätzliche Schulen werden beide Ansätze jedoch selten und meist nur an wissenschaftlich peripheren Orten behandelt. Diese Orte sind kleine Verlage, deren politischer

Einfluß auf die zuständigen scientific communities eher gering ist. Dazu gehört neben dem Berliner Argument und dem Münsteraner Unrast nun, mit einem aktuellen Sammelband, auch der Ventil-Verlag aus Mainz. Die Aufsätze des Bandes basieren zu einem großen Teil auf Referaten des gleichnamigen Kongresses, der im Februar 2001 in Frankfurt a.M. stattfand. Sie machen aus ihrer Zerrissenheit zwischen den genannten Herangehensweisen ans Subjekt keinen Hehl, sondern ein Pro-

gramm.

Denn wer gesellschaftsverändernde Praxis hervorrufen oder zumindest verstehen will, warum sie nicht vollbracht wird, ist auf die Analyse des Denkens, Fühlens und Handelns von Menschen angewiesen. Warum diese sich nicht längst aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit befreit haben, liegt nicht allein am „falschen Bewußtsein“, also an Ideologie, sondern auch daran, wie Bedürfnisse, Interessen, Unbewußtes und Be-

gehren hergestellt, also sozial konstruiert werden. Es geht folglich u.a. darum, den Ideologiebegriff mit Hilfe psychoanalytischer Einsichten und poststrukturalistischer Ansätze zu radikalisieren.

Postfordismus und Subjektivierung

Verschiedene Beiträge gehen der Frage nach, wie Subjekte in den westlichen Gegenwartsgesellschaften hergestellt werden. So entwirft Thilo Maria

Naumann in Auseinandersetzung mit kritischen Subjektbegriffen der marxistischen Tradition Konturen einer hegemonialen postfordistischen Subjektivität. Diese zeichne sich durch drei Subjektivierungspraktiken aus (Individualisierung, Sexifizierung und Rassifizierung), die einerseits zu flexiblen und toleranten, andererseits aber zu extrem ausschließenden Handlungsweisen führen und sich somit prima in neue kapitalistische Verwertungen einpassen. Wolfgang Hörbe beschreibt das „Selbstmanagement“ als zentrales Dispositiv für den Zusammenhang von Subjektivität und Postfordismus. Und überhaupt ist in dem Band zeitdiagnostisch viel von der Ära nach Massenkonsum und Fließbandarbeit (Fordismus) die Rede. Ob in so konkreten Formen wie der new economy (im Aufsatz von Jan Deck) oder vermeintlich ferner liegenden Themenfeldern wie der geschlechtsspezifischen Sozialisation im Beitrag von Katharina Pühl, angeschlossen wird an den späten Foucault. Dieser hatte angesichts des aufkommenden Neoliberalismus ein neues Instrumentarium entwickelt, mit dem das Verhältnis von Subjektivierungs- und Herrschaftsprozessen angemessen untersucht werden kann. Der Begriff der Regierung wird dabei zum Leitfaden und erweitert die bisherige Machtanalyse um eine entscheidende Dimension. Regierung läßt sich als eine Form der Machtausübung bezeichnen, die als solche nicht nur von Herrschaft, Ausbeutung, etc. zu unterscheiden ist, sondern auch historisch verschiedene Führungstechniken umfaßt: Wie werden Menschen geführt und wie führen sie sich (auf)?

Identität und Widerstand

Anschauliche Beispiele für diese Selbsttechniken und Aufführungen schildert Mark Terkessidis anhand der Identität ethnischer Minderheiten. Gerade im Prozeß der Globalisierung seien diese Identitäten weder als ursprünglich und fest zu verstehen, noch als Rückgriff auf Traditionen. Identitäten Marginalisierter sind laut Terkessidis immer als „strategische Reaktion auf Zwänge und Vorurteile“ zu lesen. Verständlich sind sie nur, wenn die unglei-



Der Verblendungszusammenhang

chen Bedingungen unter denen „kulturelle Begegnungen“ sich vollziehen, dabei ebenso reflektiert werden, wie die Funktion, die dem „exotischen Anderen“ darin zugeschrieben wird. Die merkwürdigen Konvergenzen, die eine auf ethnische Merkmale rekurrierende Identitätspolitik mit einer rassistischen Gesetzgebung aufweist, können so zumindest erklärt und kritisiert werden. Letztlich geht es in allen Texten darum, diese Interessenkonvergenzen zwischen Beherrschten und Herrschenden, die die traditionellen Erklärungen so stumpf und die Welt so kompliziert machen, aufzuspüren und zu verstehen.

Wichtig an der Bezugnahme auf Foucault ist dabei die Einsicht, dass das vielbeklagte „Versagen“ staatlicher

Politik eben keine Unterlassung ist, sondern „bereits die neue Form ihrer Regulierung“ (Pühl). Staat und Neoliberalismus sind also nicht als counterparts der Globalisierung zu verstehen, sondern als deren sich bedingende Antriebe.

Ein anderer gemeinsamer Nenner der verschiedenen Beiträge ist das Bemühen um Gegenpositionen und -strategien. Anders als im gängigen Wissenschaftsformat werden die behandelten Theorien hier alle nach ihrem Potential für Widerstand abgefragt. So empfiehlt Christian Sälzer in seinem Text zu Cultural Studies, weiter im „Schmutzigen der Semiotik“ zu wühlen, Anne Wolf sucht mit queer-Theorie nach Räumen jenseits von „vereindeutigenden Identitäten“, Pühl geht

es um „subversive Alltagspraktiken“ und Hörbe um „Spielräume für Interventionen“ gegen neoliberale Subjektivierung. Wer dem Gesellschaftlichen Verblendungszusammenhang in die Augen schauen will, brauche erst mal einen Spiegel, heißt es im Vorwort. Für Farbe oder Form von Brille und Kontaktlinsen bedarf es dessen also schon mal nicht.

Jens Petz Kastner

Jan Deck, Sarah Dellmann, Daniel Loick, Johanna Müller (Hg.): Ich schau dir in die Augen, gesellschaftlicher Verblendungszusammenhang. Texte zu Subjektconstitution und Ideologieproduktion; Mainz 2001 (Ventil-Verlag), ISBN 3-930559-87-0, 188S., 16,50 Euro.

„Die digitale Bibliothek der Philosophie“

Eine kurze Rezension

Es gibt – zumindest für einigermaßen vorurteilslose und intelligente Wesen – einige gute Gründe für folgende Metapher: „On Liberty“ („Über die Freiheit“) von John St. Mill und „Methods of Ethics“ („Methoden der Ethik“) von Henry Sidgwick gehören zum *Silber* der Literatur philosophischer Ethik des 19. Jahrhunderts, ja der menschlichen Geistesgeschichte überhaupt. Im Vergleich dazu ist so gut wie alles, was beispielsweise G. F. Hegel und F. Nietzsche – die hier durchaus in einem Atemzug zu nennen sind – über Fragen der Ethik geschrieben haben, schlicht und einfach *Blech*.

Ob Silber wertvoller ist als Blech, ist zwar eine Frage von Geschmack und Konvention, insofern also rein subjektiv bzw. intersubjektiv (wie spätestens Karl Marx im ersten Band des „Kapital“ erläutert hat), die – je nach Betrachtungsweise – traurige oder amüsante Pointe ist aber, dass sogar etliche akademisch gebildete Leute, insbesondere Vertreterinnen & Vertreter der als

„Postmoderne“ bezeichneten Mode, noch nicht einmal die gewissermaßen *objektiven* bzw. *natürlichen* Unterschiede zwischen Blech und Silber bei diesen Gegenständen bemerkt zu haben scheinen.

Nun gibt es doch tatsächlich eine CD-ROM mit dem Titel „Die digitale Bibliothek der Philosophie – Von der Antike zur Moderne“, die zwar angeblich „die grundlegenden philosophischen Texte der größten Denker der Menschheit von den Klassikern der Antike bis zu denen der Moderne“ enthält, und zwar „von Platon (...) bis Nietzsche“, aber tatsächlich nicht nur keinen einzigen Text z.B. der chinesischen Philosophen Mo Ti und Tai Chen (dieser v.a. als Kritiker des Ideals der „Wunschlosigkeit“) – um nur 2 Namen der vielleicht weisesten unter den Philosophinnen & Philosophen außerhalb Europas und des Mittelmeer-Raumes vor Rabindranath Tagore zu nennen, sofern sie uns überhaupt namentlich bekannt sind – von bahnbrechenden

Texten griechischer, indischer oder arabischer Mathematiker der letzten 2000 Jahre, soweit sie überhaupt überliefert sind, ganz zu schweigen. Nein, auch die beiden genannten Werke von Mill bzw. Sidgwick sind unter den mehr als 44.000 Seiten Text nicht zu finden. Stattdessen aber ein etwas veraltetes Philosophielexikon und eine mittelmäßige Philosophiegeschichte. Ein Trost ist vielleicht für viele Leserinnen & Leser, dass die CD ROM noch viele andere Texte enthält, die durchaus zu den Edelmetall-Legierungen der Philosophie gehören – so etwa die „Dialoge über natürliche Religion“ von David Hume (in deutscher Übersetzung) und viele andere lesenswerten Texte – lesenwert zumindest für einen Geschmack, der eine Mischung aus stilistischer Brillanz, klarer Ausdrucksweise, Intelligenz der Argumentation und Originalität der Ideen schätzt. Allein das Fehlen der genannten Texte von Mill und Sidgwick ist aber trotzdem traurig, aber wahr.

Dass es übrigens *traurig* sei, ist zwar eine Frage des Geschmacks, dass es – mit einem vernachlässigbaren Grad an ontologischer Relativität – *wahr* ist, daran kann aber selbst der scharfsinnigste Geschmack wohl kaum etwas ändern.

Bernhard H. Johannes Wagner

Was auf die Ohren !

Hier wieder ein paar ganz frische Neuerscheinungen aus dem Indie Bereich. Aus Platzgründen gibt es natürlich auch diesmal nur ein paar Tipps, aber vielleicht ist ja auch in meinen aktuellen TOP 10 für die Deutschen Alternative Single Charts (DAC) der ein oder andere für euch dabei.



Korn - Here To Stay (EPIC) Nach gut zwei Jahren gibt es mit dem im Juni erscheinenden Album „Untouchables“ endlich wieder neues Material von Korn. Die erste Single „Here To Stay“ wird ohne Zweifel wieder die Tanzflächen bersten lassen.

Die Herren aus Kalifornien zeigen allen inzwischen nachgewachsenen NuMetal Bands, wer noch immer Herr im Hause ist und kommen zwar härter als zu „Issues“ Zeiten, dafür umso melodischer daher. Der Track hat zwar auch seine kurzen soften Seiten, rockt aber ansonsten ziemlich.



Witt - Eisenherz (EPIC/SONY) Nach den Mega-Erfolgen der letzten Witt-Singles war es einige Zeit recht ruhig um den Herren, nun meldet er sich mit neuem Album zurück. Die erste Single daraus ist „Eisenherz“ und auch hieran werden sich wieder die Geister scheiden.

Musikalisch sicher nicht uninteressant, fällt doch der pathetische Gesang mit dem unverkennbaren rollenden „r“ auf, was nicht jedermanns Geschmack ist. Um trotzdem möglichst viele Geschmäcker zu bedienen, sind gleich fünf Mixe auf der Maxi zu finden, u.a. von Camouflage und Toktok.



New Order - Here To Stay (London/WEA) Weitere Heroen der 80er melden sich ziemlich elektronisch zurück. Die neue Single, die unglücklicherweise genau so heißt wie die oben besprochene von KORN wurde von den Chemical

Brothers produziert und ist Teil des Soundtracks zum Film „24Hour Party People“. Man hört hier die Produzenten deutlich heraus, ohne dass der Track nur ansatzweise in Verdacht gerät, zu sehr auf die Dance-Charts zu zielen. Dafür gibt's dann aber einen Remix von Felix Da Housecat, um dem 80er Retro-Hype gerecht zu werden.



18 Summers - Girl Of 18 Summers (Ewave/Drakkar/BMG) Eigentlich sind sie schon längst keine Unbekannten mehr, denn bislang hießen sie „Silke Bischoff“ und haben vor allem mit „On The Other Side“ einen beachtlichen Erfolg gehabt.

Nach einem Rechtsstreit mit einem ehemaligen Bandmitglied mussten sie nun den zugegebenermaßen streitbaren Namen der toten Gladbeck-Geisel ablegen, machen aber musikalisch genau da weiter, wo sie als „Silke Bischoff“ aufgehört haben. Diese Single ist allerdings die

bislang eingängigste. Fakt ist, dass wieder nicht nur Gruftis auf den Song tanzen werden.



MIA - Alles Neu (EPIC) Jaja, „alles neu“ ist das bei dieser Berliner Band sicher nicht. Nach den elektronisch orientieren Neo-80's heißt das neue Zauberwort der Plattenfirmen Electropunk. Vor 20 Jahren hätte man dazu wahrscheinlich Neue

Deutsche Welle gesagt, aber im Jahre 2002 braucht man eine neue Wortschöpfung. Zugegebenermaßen, das Attribut NDW würde nicht so ganz passen und spätestens beim Instrumental Track „Poem On And Off“ würde dies sowieso über den Haufen geworfen. Mia rockt !

Der „Oldie“ Tipp: Für Leute, die sich für Platten interessieren, die für mich Meilensteine waren *g*



Soft Cell - Non-Stop Erotic Cabaret 1982 erschienen, wurde die Veröffentlichung Digital remastered 1996 mit acht zusätzlichen Tracks als CD neu aufgelegt. Soft Cell gehören ohne Zweifel zu den Pionieren des Synthie-Pop, bzw. der New Romantic Bewegung der frühen

80er. Im Rahmen des derzeitigen 80er Hypes erscheint die Tage eine Greatest Hits CD mit einigen Remixen und neuen Songs, zusätzlich tourt man bereits seit November recht erfolgreich durch die Gegend. Im Prinzip handelt es sich aber schon bei der vorliegenden CD um eine Best of, da auf ihr fast alle bekannten Soft Cell Songs zu finden sind. „Entertain Me“, „Sex Dwarf“, „Chips On My Shoulder“, „Bedsitter“, das wunderschöne „Say Hello, Wave Goodbye“ oder das unvermeidliche „Tainted Love“ lassen immer wieder die alten Zeiten hochkommen.

DAC Tipps DJ Benny Week 19/02

- 1 VNV Nation - Beloved (Dependent/Mindbase/SPV)
- 2 Mesh - Leave You Nothing (Home/Columbia/Sony)
- 3 New Order - Here To Say (London/WEA)
- 4 In Strict Confidence - Herzattacke (Minuswelt/Sony)
- 5 Icon Of Coil - Access And Amplify (Tatra/Sony)
- 6 Marilyn Manson - Tainted Love (Maverick/WEA)
- 7 Diary Of Dreams - Amok (Accession/EFA)
- 8 18 Summers - Girl Of 18 Summers (Ewave/Drakkar/BMG)
- 9 Moby - We Are All Made Of Stars (Mute/Virgin)
- 10 P.O.D. - Youth Of The Nation (Atlantic/East West)

Handeln in Verantwortung

Ein Leserbrief zu dem Interview mit Helmut Tittmann, Bezirksvorsitzender der ver.di, Ausgabe 333.

Leider verschweigt Helmut Tittmann, Bezirksvorsitzender der ver.di, in dem in Ausgabe 333 erschienenen Interview zum bevorstehendem Bürgerentscheid über die Teilprivatisierung der Stadtwerke wesentliche und entscheidende Argumente. So ist es nicht verwunderlich, dass er - wie viele andere auch - zum stark vereinfachenden Schluss kommen muss, den Bürgern werde ihr Eigentum einfach so weg genommen. Schuld sein soll mal wieder die Europäische Gemeinschaft und die mit ihr verknüpfte Möglichkeit eines einheitlichen Binnenmarkts mit billigen Arbeitskräften. Eine weitere, ärgerliche Vereinfachung, die es der Akzeptanz eines einheitlichen Europas und das Zusammenwachsen ihrer Bürger nicht gerade einfacher macht. So macht man Stimmung, nicht seriöse Politik.

Richtig ist, dass die Gewinne der Stadtwerke die Verkehrsbetriebe derzeit subventionieren. Hier aber hat die Ratsmehrheit erkannt, dass eben diese Quersubventionierung auf europäischer Ebene sehr kritisch gesehen und wahrscheinlich keine lange Bestandsdauer mehr haben wird. Zu recht, denn mit welcher Begründung bitte sollen billigere Angebote anderer Unternehmen nicht zum Zuge kommen? Dort gehen dann andere Arbeitsplätze verloren, so dass man sich fragt, warum ausgerechnet die der Verkehrsbetriebe vom Staat geschützt werden. Schon mal was von Gleichberechtigung gehört? Abgesehen davon: Ich bin mir sicher, dass die hier in Münster hervorragend funktionierenden Verkehrsbetriebe das Potential zu einem fairen Konkurrenzkampf haben. Man muss eben nur wollen.

Die rechtliche Lage scheint im übrigen auch unumstritten. Jedenfalls hält es der Gesprächspartner nicht für nötig, die entsprechende Frage nach dem Argument des Widerspruchs zum europäischen Recht zu beantworten. Statt dessen folgt ein Verweis auf die Erfahrungen mit Brüssel und die unfähigen Europaabgeordneten. Letzteres will ich gar nicht erst bestreiten, aber wir sollten vielleicht bedenken, dass sie unsere gewählten Vertreter sind. Nach dieser Logik müsste auch der Bundestag abgeschafft werden, wenn eine Entscheidung dieses Organs nicht den Klientelgrüppchen passen sollte. Soviel zum Demokratieverständnis.

Aber auch wenn wir auf eine Quersubventionierung nicht verzichten wollten, stellt sich doch die Frage, wie lange sie noch möglich wäre. Denn die Gewinne der Stadtwerke werden rapide sinken. Grund: Der Strommarkt ist bereits jetzt liberalisiert. Jeder Stromkunde hat die freie Wahl zwischen verschiedenen Stromanbietern, die u.a. in den Medien sehr intensiv um diese Kunden werben. Der Gasmarkt ist liberalisiert und wird weiter liberalisiert werden, der Wassermarkt wird folgen. Dann werden Subventionen in die andere Richtung fließen müssen, dann wird den Bürgern wirklich ihr Eigentum genommen. Und soviel hier nur zu Subventionen: Selbstschädigung. Überall ist Subvention, alles wird gefördert - mal abgesehen von wirklich wichtigen Dingen wie Bildung oder Umweltschutz. Hier ein paar Euro, da ein paar Euro. Klientelpolitik nennt man so was. Das schädigt vor allem die Wirtschaft und fördert das Erschleichen von Gel-

dern. Wer soll sich da noch über den nächsten Spendenskandal wundern? Vereinfacht muss daraus gefolgert werden: Alle Subventionen weg und der Arbeitsmarkt steht da, wo er jetzt schon ist - nur hat der Staat entschieden mehr Geld in der Tasche. Aber Gewerkschaftspolitik ist eben Klientelpolitik. Da darf man sich nicht wundern. Auch der Hinweis des Gesprächspartners auf Frankreichs ständige Verweigerung ist an dieser Stelle unpassend. Es gibt kein Recht im Unrecht.

Wenn es nicht gelingt, eine strategische Partnerschaft mit einem starken Partner einzugehen, ist zu erwarten, dass die Stadtwerke Münster im sich verschärfenden europäischen Wettbewerb untergehen. Dann werden in Münster des-



Jan Balthasar

halb viele hundert Arbeitsplätze bei den Stadtwerken verloren gehen. Dies kann sehr schnell und sehr dramatisch geschehen, wenn die Stadt jetzt nicht handelt.

Münster steht im übrigen nicht alleine da. Von den Stadtwerken in den 60 größten Städten Deutschlands verfügen nur 14 noch nicht über einen strategischen Partner und befinden sich ausschließlich im kommunalen Eigentum. Die Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass die Strom- und Gaskosten für eine Familie bei Stadtwerken, die bereits einen strategischen Partner ha-

ben eher niedriger sind als bei Stadtwerken, die sich noch ausschließlich in öffentlicher Hand befinden. Die Angst vor hohen Kosten ist vor allem auch deswegen unbegründet, weil es noch andere Anbieter auf dem Markt gibt. Konkurrenz ist damit vorhanden. Eine Erhöhung der Preise kann sich der neue strategische Partner gar nicht erlauben.

Gerne spricht der Interviewpartner vom Erfordernis gleicher Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer. Ich behaupte: Sie

sind da. Die Europäische Union hat dafür gesorgt, dass ein einheitlicher europäischer Markt Wirklichkeit geworden ist. Wer aber Vorteile fordert, muss auch mit den Nachteilen leben: Natürlich sind portugiesische Arbeitnehmer billiger, aber man muss sich eben auch fragen, warum dies so ist. Bestimmt nicht, weil Deutsche fleißiger sind, länger arbeiten und weniger fordern. Hier ist Anpassen gefragt, denn schließlich können wir keinen einseitigen Protektionismus fordern. Wir kön-

nen nicht fett auf unseren Privilegien sitzen bleiben.

Es bleibt also festzuhalten: Der von der Ratsmehrheit eingeschlagene Weg ist der richtige. Und obendrein hilft er, den Schuldenstand zu senken, was der Stadt unter den bisherigen Bedingungen aus eigener Kraft wohl kaum gelingen könnte. Ein Teil des Erlöses soll im übrigen in den Schulbereich gesteckt werden. Eine sinnvolle Subvention. Der Kritiker strahlt. **Jan Balthasar**

Den Worten Taten folgen lassen

Leserbrief zum Beitrag „RCDS Münster wählt neuen Vorstand“ in SSP No.333

Lieber Semesterspiegel, lieber RCDS,

wir haben uns sehr darüber gefreut, zu lesen, dass der RCDS als „einzige ernstzunehmende Kraft der politischen Mit-



Kurt Stiegler

te“ sich in Zukunft mit Priorität mit dem Studentenwerk Münster und den ständig steigenden Sozialbeiträgen beschäftigen möchte. Als Mitglieder im Verwaltungsausschuss des Studentenwerks sehen wir gerne, wenn Hochschulgruppen sich da mit hohem Engagement einsetzen.

In der Tat steigen Sozialbeiträge in den letzten Jahren immer mehr an und es gibt sicher auch andere Felder, in denen wir gemeinsam etwas bewegen können. So ist es eine gute Sache, dass die studentischen VertreterInnen in den Gremien in der Vergangenheit in den allermeisten Fällen an einem Strang

gezogen haben und auch über die Gräben unterschiedlicher Listenzugehörigkeit geschaut wurde. Die sieben Studierenden im Studentenwerks-Verwaltungsrat haben, glaube ich, gut kooperiert.

Ein bisschen wundern tun wir uns, wenn gerade im Zuge von Wahlkämpfen zum SP (oder aber nach der Wahl des RCDS-Vorstandes im Semesterspiegel) die Forderung nach konstanten Sozialbeiträgen und niedrigen Preisen um Studiwerk herausgestellt wird, und sich geradezu die Vermutung aufdrängt, es handele sich da um umstrittene Fragestellungen. Das ist nämlich nicht der Fall.

In den vergangenen Semestern wurden die Verwaltungsratsmitglieder und das Studierendenparlament von den Verwaltungsausschussmitgliedern auf dem Laufenden gehalten und die studentischen Verwaltungsräte haben sich stark gegen die Sozialbeitragerhöhung, die jetzt zum Wintersemester erfolgte, eingesetzt. Dabei hatten wir (bei unterschiedlichen Positionen in kleineren Sachfragen) eine gemeinsame Linie, komisch dass gerade Euer Vertreter

dann plötzlich sich in einer Kampfabstimmung enthielt. Helft doch lieber mit, diese Linie (von stabilen Beiträgen, einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung und von engagierter Wahrnehmung sozialer Verantwortung) konsequent durchzuhalten, mit anderen Listen zu kooperieren, und lasst doch mal die Wahlkampftrommel schweigen. Das führt nur zu Streitigkeiten, und bewegen können wir auch gemeinsam mehr.



Rudi Mewes

Dann können wir gemeinsam Euren wohlgemeinten Worten Taten folgen lassen!

**Rudi Mewes
Kurt Stiegler
studentischen Mitglieder im
Verwaltungsausschuss**

Anmerkung:

Im Verwaltungsrat (insgesamt 15 Mitglieder) sitzen sieben Studierende, z.Zt. sechs von der Uni und einer von der FH. Aus der Mitte des Gremiums wird ein sechsköpfiger Verwaltungsausschuss gewählt, in dem Kurt Stiegler und Rudi Mewes die studentische Seite vertreten. Der Verwaltungsrat beschließt Wirtschaftsplan und Beitragsordnung, der Verwaltungsausschuss berät grundsätzliche Fragen und erlässt Richtlinien für die Geschäftsführung.

Neues von Gestern:

Gesucht und gefunden von: Rudi Mewes
Aus: SSP, No. 195 vom Oktober 1981, Seite 7



Unser AStA macht Theater

„Unser AStA macht Theater“, so heißt eine Schwerpunktreihe, die die ASten der WWU und der FH Münster und der Fachschaften PH MÜNSTER

Köln. Neben so illustren F... wie der „Pekin...“

Termine

8. Mai: Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus

Gedenkveranstaltung von den Rosa Geschichten und der VVN/BdA mit Stefan Sudmann (Rosa Geschichten) und Peter Gingold (Zeitzeuge des NS), Zwinger, Promenade, anschl.: Zeitzeugengespräch mit Peter Gingold, ESG, Breul 43, 20.00 Uhr

08. Mai: „Der mühevolle Weg der Autonomie“

Zurück aus den autonomen Gemeinden des Zapatistischen Aufstandes in Chiapas/Mexiko berichten Dorit & Luz (gruppe B.A.S.T.A.) über Politik und Selbstverwaltung, Veranstalter: Infoladen Bankrott, B@racke, Scharnhorststr. 100, 20.00 Uhr

15. Mai: Globalisierungstendenzen und Stadtentwicklung

Was hat die sogenannte „Globalisierung“ eigentlich mit uns zu tun? An dem Ort, an dem wir leben, wo wir arbeiten und studieren? Dieter Keiner referiert über neoliberale Politik in der Stadt Münster und an der Uni, Veranstalter: FAU Münster und Infoladen

Bankrott, B@racke, Scharnhorststr. 100 (hintenrum), 20.00 Uhr

16. Mai: The Crüxshadows & Dead Turns Alive
Konzert, anschl. „Der Dunkle Donnerstag“, Triptychon, Am Hawerkamp 31, 20.00Uhr

29. Mai: „Erhaltet den Hawerkamp“

Kunst, Konzerte & Parties in allen Hallen & den Außenflächen, Hawerkampgelände, Am Hawerkamp 31, Münster, 20.00 Uhr

29. Mai: Il popolo di Genova

Bella Italia vor knapp einem Jahr: Bei den Demonstrationen gegen das G8-Gipfeltreffen wird ein Demonstrant erschossen und fast 600 zum Teil schwer verletzt. Aber worum ging es eigentlich? Über Inhalte der Bewegung und Strategien des Staates erzählt einer, dem die „Mitgliedschaft“ im Schwarzen Block untergeschoben werden sollte. Eine Veranstaltung des Infoladen Bankrott, B@racke, Scharnhorststr. 100 (hintenrum), 20.00 Uhr